29. Jahrgang | Dienstag, 8. Februar. | Morgen-Ausgabe.

Danziger Zeitung.

NEC TEMERE NEC TIMIDE

№ 16296. | 1887.

Die „Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Ketterhagergasse Nr. 4 und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 ℳ, durch die Post bezogen 5 ℳ — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 ₰. — Die „Danziger Zeitung" vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

Die bevorstehende Reichstagswahl — eine Charakterprobe.

Die wahre Natur eines Menschen erkennt man nie besser, als im Wein, beim Spiel und vor Wahlen; innerhalb einer Wahlbewegung sogar besonders deutlich, da man nicht nur erfährt, wessen der Betheiligte fähig ist, sondern auch, was er sich bieten läßt. Eine allgemeine Wahl hat deshalb in hohem Maße für das ganze Volk die Bedeutung einer Charakter- und einer Verstandesprobe. Es scheint, als ob in beiden Beziehungen diesmal ungewöhnlich starke Anforderungen an die deutsche Wählerschaft gemacht werden. Niemals vorher, so lange das deutsche Reich besteht, hat man der Logik so rücksichtslos den Krieg erklärt und so frivol mit dem Kriegsfeuer gespielt, wie seit den letzten drei Wochen. Das Septennat ist der Friede, das Triennat ist der Krieg, so versichern uns ernste Männer, und Beschlüsse von Volksversammlungen erklären jeden für einen Landesverräther, der für eine so absurde Behauptung eine Begründung verlangt. Das deutsche Volk, das den wohlerworbenen Ruf der Friedfertigkeit besitzt, wird von politischen Drahtziehern dermaßen gegen Frankreich verhetzt, daß Unparteiische anfangen, die völkerrechtlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich in einem völlig anderen Lichte zu erblicken. Dem Knechtssinn wird die Maske der Pietät und Dankbarkeit geliehen; die „nationalsten" Männer finden sich gehoben, in dem Gedanken, daß die päpstliche Curie deutschen Staatsbürgern befiehlt, in einer rein deutschen Angelegenheit für den Reichskanzler Partei zu ergreifen. Der obrigkeitlich abgestempelte Patriotismus fühlt sich entzückt, wenn er die Vertretung des Volkes herunterreißen kann, und wenn man ihn morgen seitens einer militärischen oder diplomatischen Autorität auffordern würde, die Verfassung für nichts anderes als einen elenden Lappen Papier anzusehen, so würde er dieser Aufforderung mit derselben Hingebung nachkommen, wie er heute „Deutschland, Deutschland über Alles" singt, wenn er gegen die Juden eine Brutalität begangen hat.

In diesem Höllenlärm, schreibt der Abg. Barth in der „Nation", kann man dem deutschen Wähler nur die Worte zurufen, die Virgil dem Dante in der Unterwelt zuflüstert:

„Was läßt sich Deine Seele so berücken!
. . . . Wie kann Dich bewegen,
Was man da flüstert hinter Deinem Rücken.
Komm, laß die Leute reden, was sie mögen,
Sei wie ein fester Thurm, drauf nimmer wanken
Die Zinnen, wenn der Wind ihm saust entgegen.

Die untergeordnete Frage der drei oder sieben Jahre ist heute völlig zurückgetreten hinter der unendlich wichtigen Frage, wie fest der politische Charakter und die politischen Nerven des deutschen Volkes sind.

Jene Schicht der Bevölkerung, die man das höhere Bürgerthum zu nennen pflegt, scheint diese Frage am ungenügendsten beantworten zu können und zu wollen. Die politische Gewalt liegt heute im wesentlichen in den Händen des adligen und des nichtadligen Junkerthums. Eine in der ganzen übrigen civilisirten Welt vor der modernen Entwicklung zusammenbrechende Kaste — hat sie in dem Fürsten Bismarck eine Inkarnation ihres Geistes erlebt, die alle früheren von der Geschichte beseitigten Prätensionen neu erstehen ließ. In der Armee, wie in der Verwaltung fühlt sich der junkerliche Geist heute fester als je, und seine Repräsentanten erfüllen nur eine Pflicht der Dankbarkeit, wenn sie um diesen Preis die schlechte Behandlung, die auch ihnen vom Reichskanzler bisweilen zu Theil wird, geduldig hinnehmen. Die Nachblüthe dieser edlen Ritterschaft hat Schule gemacht und es fehlt nicht an außerhalb des engeren Kreises Stehenden, die es für erhaben und für „national" halten, das „Räuspern und Spucken" der innerhalb des Kreises Stehenden thunlichst nachzuahmen. Der höhere Bürgerstand giebt an diese Kategorie strebsame Elemente in genügender Menge ab. Der höhere Bürgerstand in Deutschland, welche Rolle könnte er spielen, wenn er mehr Selbstgefühl und mehr politisches Pflichtgefühl besäße! Hier aber sitzen vorzugsweise die Männer, welche Volksversammlungen grundsätzlich meiden, aus ihrem behaglichen Arbeitszimmer oder dem stilvoll eingerichteten Salon ungern herausgehen, deren Nerven empfindlich sind und deren Ehrgeiz subaltern genug ist, um durch Orden, Titel und den Umgang mit Würdenträgern angenehm berührt zu werden. Diese ehrenwerthe Masse war von jeher das Opfer des Schreckens, den wirkungsvoll zu insceniren für scrupellose Politiker nie schwer gewesen ist. Da ist die Kriegsfurcht, vor der die Geschäfte flau werden und die Course an der Börse stürzen; da ist die Furcht vor einem Conflict mit der Regierung, welche die Sehnsucht nach Ruhe zu einem stürmischen Verlangen steigert; — da ist der rothe Schrecken, bei dem die aufgeregte Phantasie rasende Volkshaufen sich am Eigenthum vergreifen sieht.

Diese Klasse der Bevölkerung hat man zu allen Zeiten durch Erregung von Angst gefügig gemacht. Es wäre irrig, anzunehmen, daß nicht auch diese Leute wüthend werden könnten, aber ihre Wuth wird sich — soweit sie öffentlich zu Tage tritt — immer nur gegen diejenigen richten, welche der Macht widerstreben. Hätten sie sich der Macht unterworfen, so wäre ja der ganze Spektakel unterblieben; deshalb sind sie die Schuldigen. Die geschilderte Kategorie von Staatsbürgern bildet die stete Gefolgschaft der Macht, ihre Herzensüberzeugung mag im übrigen sein, wie sie will. In diesem Sinne sind sie auch demonstrativ patriotisch, — der feste Stamm nationaler Festessen, loyaler Huldigungsadressen und gesinnungstüchtiger Entrüstung. Natürlich spreche ich nur von dem Gattungscharakter und weiß wohl, daß es auch eine nicht unerhebliche Anzahl „entarteter" Ausnahmen giebt.

Auf einer wesentlich höheren Stufe politischer Moral stehen die niedrigeren Volksschichten. Sie sind nicht so philosophisch gebildet, um in der Erkenntniß der Relativität alles Bestehenden jedes politische Unrecht mit einem fürsichtigen Mäntelchen zu behängen. Die Besseren unter ihnen nehmen gegen das, was dem schlichten Verstande als schlecht erscheint, entschlossen Partei, und nicht wenige sind häufig von einer geradezu bewundernswerthen Opferwilligkeit. Diesen Männern gegenüber verfängt das psychische Ueberzeugungsmittel des Schreckens wenig. Hier müssen materielle Dinge in Anwendung gebracht werden: die Entziehung der Kundschaft, die Entlassung aus dem Dienst, die Behinderung im Fortkommen, die Verwicklung in Strafprozesse, eventuell Ausnahmegesetze und die Entziehung oder Beschränkung politischer Rechte. Was in diesen Volksschichten an politischen Charaktereigenschaften gewaltsam verdorben wird, belastet das nationale Verlustconto in der schwersten Weise.

Die politischen Kämpfe der Gegenwart drehen sich zur Hauptsache darum, auf diesen numerisch und moralisch bedeutsamsten Bestandtheil des Volkes, bestehend aus Bauern, Arbeitern und Kleinbürgern, Einfluß zu gewinnen. In dem Maße, wie die politische Einsicht in diesen Kreisen wächst, erhöht sich auch deren bestimmende Bedeutung für die politischen Geschicke des Landes. In England repräsentiren sie schon heute den Schwerpunkt der Macht; niemand kann sich am Ruder erhalten, der die politischen Wünsche dieser breiten Masse der Bevölkerung mißachtet. Derselbe demokratische Prozeß muß sich auch in allen anderen Staaten europäischer Civilisation vollziehen.

Die Hauptfrage bei den gegenwärtigen Wahlen, die für die politische Zukunft unseres Volkes eigentlich allein wesentliche Frage ist deshalb die: Ist diese breite Masse noch widerstandsfähig? Hat das Spielen mit dem chauvinistischen Feuer, die Machtanbetung und die Verachtung constitutioneller Rechte auch dort tiefere Wurzeln gefaßt?

Deutschland.

⚓ **Berlin**, 7. Febr. Welche praktische Bedeutung die **Jacobinische Depesche** für die **weitere Revision der Maigesetze** hat — und das ist doch eigentlich die brennende Frage des Augenblicks — bleibt völlig unklar. Officiös ist, noch ehe die Veröffentlichung des Jacobini'schen Schreibens erfolgte, constatirt worden, daß über das neue kirchenpolitische Gesetz eine Verständigung zwischen Regierung und Curie erzielt sei. Die Frage ist jetzt die: hat der Reichskanzler in dem Umstand, daß der Papst dem Centrum seinen Wunsch, der Regierung in der Septennatsfrage entgegen zu kommen, zu erkennen gegeben hat, ein genügendes Aequivalent einer weiteren Revision, wie sie jetzt geplant ist, gesehen? Oder aber wird diese Revision der Maigesetze praktisch erst zur Ausführung gelangen, wenn das Centrum sich dem Wunsche des Papstes fügt und das Septennat zur Annahme gebracht hat? Einer der Führer der gemäßigt Conservativen, Graf Limburg-Stirum, hat neulich in einer Wählerversammlung in Breslau bereits erklärt, die Conservativen seien darüber einig, die angekündigte neue Kirchenvorlage, deren Hauptinhalt die Wiederzulassung der durch das Ordensgesetz ausgeschlossenen Orden, u. a. auch der Schulorden ist, nicht zu genehmigen, wenn das Centrum in seiner oppositionellen Haltung verharre. Für die Wahlzeit sind dergleichen Erklärungen ja ganz verständlich, aber Graf Limburg-Stirum und seine Freunde werden sich doch vielleicht noch des Umstandes erinnern, daß die preußische Regierung, und zwar unter Zustimmung des Landtags, die Verpflichtung übernommen hat, die schon auf Grund des letzten Kirchengesetzes bewilligte Anerkennung der Anzeigepflicht seitens der Curie, welche bisher nur einen provisorischen Charakter hat, als eine dauernde durch die weitere Revision der Maigesetze zu erkaufen.

Die neue Vorlage ist darnach lediglich eine Consequenz der damaligen Vereinbarung, und so wird Graf Limburg-Stirum, dessen Ergebenheit in die Wünsche des Reichskanzlers durch die letzten Verhandlungen im Abgeordnetenhause ins Licht gestellt worden ist, den Consequenzen der vorjährigen Vereinbarungen sich nicht entziehen können. Wenn übrigens wirklich die Streitlust im Centrum so groß ist, so würde ja durch die Verweigerung der Revision der Maigesetze gerade der Wunsch derjenigen erfüllt werden, die angeblich den kirchenpolitischen Kampf nicht zur Ruhe kommen lassen wollen. Zudem erklärt ja Jacobini selbst, daß auch nach der weiteren Revision der Maigesetze — so ist der Passus offenbar zu verstehen — das Centrum nicht überflüssig sein werde, und diese Erklärung ist diejenige, welche allerwärts am besten verstanden wird.

Wenn der Reichskanzler, wie angenommen werden muß, damals, als er im Abgeordnetenhause eine Kundgebung des Papstes zu Gunsten der Regierung in Aussicht stellte, bereits von dem wenige Tage vorher ergangenen Schreibens des Cardinals Jacobini Kenntniß hatte, so war ihm doch wohl der Wortlaut der Depesche noch nicht bekannt. Wenigstens wird versichert, daß dieser Wortlaut erst Anfang dieser Woche hier mitgetheilt worden ist. Um so bemerkenswerther ist der Umstand, daß unmittelbar nachher die officiöse Notiz verschickt wurde, die Vereinbarung der Curie über die Revision der Maigesetze unterliege keinem Zweifel mehr. Was also von anderer Seite über ein Stocken der Verhandlungen mit der Curie gemeldet wurde, entbehrte jeder Begründung.

△ **Berlin**, 7. Februar. Der Reichstagsbeschluß wegen **Einführung von Gewerbegerichten** ist bekanntlich vom Bundesrathe dem Reichskanzler überwiesen worden. Die Sache wird also noch weiter verfolgt werden und möglicherweise im Bundesrathe zu Beschlüssen führen, mit denen sich später der Reichstag zu beschäftigen haben wird. Die süddeutschen Staaten waren übrigens zum Theil dagegen. — Die Wiedergewährung der preußischen Staatsangehörigkeit an zwei katholische Geistliche, welche der Bundesrath in seiner letzten Sitzung beschlossen hat, ist, wie wir hören, auf Antrag des Bischofs von Münster erfolgt. — In der Begründung des **Gesetzentwurfs für Elsaß-Lothringen** über Errichtung öffentlicher Darlehnskassen wird, wie mitgetheilt, der Erfolg des Systems einer Verbindung der Spar- mit Darlehnskassen für Sparer und vertrauenswürdige Creditnehmer betont und auf das Beispiel Preußens hingewiesen. Es heißt da: „Preußen ist auf diesem Wege schon vor langen Jahren vorgegangen. Auf Grund der Nr. 5 des Reglements über die Einrichtung des Sparkassenwesens vom 12. Dezember 1838, wonach die Sparkassengelder nicht nur auf Hypotheken in inländischen Staatspapieren und Pfandbriefen, sondern auch auf jede andere sichere Art angelegt werden können, gewähren die Sparkassen in Preußen auch Darlehen gegen Schuldscheine auf Bürgschaft und wirken dadurch ungemein segensreich. Es giebt ganze Kreise, in denen mit dem größten Erfolge dem Wucher entgegengetreten ist und die früher traurigen Creditverhältnisse der kleinen Landwirthe und Gewerbetreibenden wesentlich gebessert sind. Ein Bild von der großen Bedeutung dieser Verwendung der Sparkassengelder giebt der Umstand, daß im Jahre 1883/84 von den Einlagen der preußischen Sparkassen im Betrage von 1965 Millionen Mark nahezu 139 Millionen Mark gegen Schuldscheine ausgeliehen waren."

* **[Zur Jacobini'schen Depesche]** bemerkt die „Frankf. Ztg.":

„Das Schreiben der Curie ist im Grunde genommen weiter nichts, als die Geltendmachung des päpstlichen Anspruchs, sich zum **Herrn über die Politik des Centrums** zu machen; der Versuch, diesen Anspruch durch Worte zu verschleiern, ist vollständig mißlungen, denn der Phrasen entkleidet, besagt das Scriptum: Die Centrumspartei hat ihre politische Ueberzeugung nicht nur den Interessen der Kirche, sondern auch denjenigen des Papstthums unterzuordnen und sich von diesen jeweils so, wie sie der Papst auffaßt, leiten zu lassen.

Die Erörterung darüber, welche Wirkung diese hochbedeutsame Kundgebung auf die gegenwärtige Wahlbewegung ausüben wird, behalten wir uns für einen der nächsten Tage vor; sie ist schon deshalb geboten, weil das päpstliche Schreiben wohl nicht ohne Rücksicht auf die Wahlen ergangen und publicirt worden ist. Das Wichtigste aber ist die Frage: Wie werden sich die Mitglieder des Centrums, wie werden sich die deutschen Katholiken zu diesem erneuten Versuch der Curie stellen, sich gebietend in deutsche Angelegenheiten, die mit den Interessen der Kirche nichts zu thun haben, einzumischen, eine Abhängigkeit wahr zu machen, deren Vorhandensein dereinst von den Culturkämpfern als eine Art Verrath am Vaterlande behauptet, vom Centrum aber auf das entschiedenste durch Wort und That in Abrede gestellt wurde? Sitzt wirklich ultra montes ein „Ausländer" — um mit dem Reichskanzler zu reden — der achtzehn Millionen deutscher Bürger nach Gutdünken lenken kann? Die Antwort bedeutet für diese achtzehn Millionen Sein oder Nichtsein in unserem politischen Leben. Lautet sie auf Nichtsein, so ist es mit dem Centrum zu Ende, der Nuntius ist dann der „kommende Mann", der in Berlin thronend einfach zu decretiren hat: „So wird gestimmt!"

Aber wir glauben nicht an einen solchen Ausgang, an ein so klägliches Finale der großen Action, die Muth und Ausdauer, echt deutsche Eigenschaften, zu Wege gebracht haben. Die Curie kann hier leicht abermals erleben, was sie vor Jahrhunderten schon einmal von den Deutschen erfahren hat, daß mit dem: „Rom hat gesprochen", die Sache keineswegs auch zu Ende ist."

* **[Die „Entscheidung über Krieg und Frieden".]** Die Wahlkreise der Cartellpartei gefallen sich in der Behauptung, daß ein Ausfall der Wahlen im Sinne der bisherigen Mehrheit des Reichstages den Revanchekrieg bedeute. Eine Ansprache des nationalliberalen Central-Wahlcomite's sagt ganz ausdrücklich:

„Ein so unheilvoller Ausfall der Wahlen würde uns den Krieg mit allen seinen Schrecken und in dem besten Falle mit seinen schweren Verlusten heraufbeschwören."

Der zum Central-Ausschusse der Reichs- und freiconservativen Partei erlassene Wahlaufruf besagt wörtlich:

„Der Ausfall der Wahlen bedeutet Krieg oder Frieden",

Konrad Letzkau und seine Tochter.

Roman aus dem Anfange des 15. Jahrhunderts.

32) Von Elise Püttner. (Nachdruck verboten.)

17. Kapitel.

Die Opfer.

Die Kunde von dem gewaltsamen Ende Anders Guttmann's verbreitete sich mit Blitzesschnelle; und wie das mit solchen Nachrichten zu geschehen pflegt, die sich von Mund zu Mund fortpflanzen, war sie zu einer vollständigen Legende geworden, als sie den Mittelpunkt der Stadt erreicht hatte.

Dichter und dichter drängten sich die Gruppen aufgeregter Menschen auf dem Langenmarkte zusammen. Jeder wußte der Gräuelthat der Ritter an Guttmann, der allgemein geachtet und trotz seiner Wortkargheit beliebt war, Einzelheiten anzufügen. Dann gingen böse Gerüchte über den Verbleib der Stadtoberhäupter.

„Schaut den Brohm!" rief es plötzlich aus der Menge."

„Er steigt auf den Brunnen. Er will reden. Er weiß etwas von den Herren!"

„Wie bleich und entstellt der Alte aussieht! Gute Nachrichten hat er nicht; das steht ihm auf dem Gesicht geschrieben."

„Mein Gott, mein Gott, erbarme Dich!" wimmerte eine Weiberstimme.

„Schweigt endlich, daß man verstehen kann, was der Mann zu sagen hat."

„Ruhe! Ruhe!"

Und endlich ward es still im drängenden, redenden, stöhnenden Menschengewoge. Lautlos, mit zu Brohm aufwärts gekehrten Gesichtern harrten sie des Kommenden.

„Brüder, Freunde!" stotterte er, nach Fassung ringend. „Unerhörte Verbrechen sind begangen. Unsere allverehrten Bürgermeister Letzkau und Hecht und unser ehrenwerther Rathsherr Groß sind von dem Comthur und den Rittern schändlich ermordet!"

Wilde Aufschreie der Entrüstung, Jammern und Schluchzen unterbrach ihn.

„Schweigt! und hört ihn weiter!" überhallte eine gewaltige Stimme den Lärm.

„Der Henker von Elbing — Ihr kennt ihn! — der war auf Befehl des Comthurs heimlicher Weise hergeholt in's Schloß, den Herren den Garaus zu machen. Als er vergeblich nach Recht- und Urtheilsspruch gefragt und, seines Eides gedenkend, erklärte, Keinen, wer es auch sei und was er auch gethan hätte, und wer es ihm auch befehlen möchte — vom Leben zum Tode zu bringen ohne Vorweisung eines rechten und gerechten Recht- und Urtheilsspruches — da haben die Ritter den Henkerdienst selbst verrichtet und die Wehrlosen hingeschlachtet. Er hat es mir vermeldet, als er, von den Rittern im Zorn aus dem Schloß vertrieben, im „bunten Bock" Zehrung suchte vor seiner Heimkehr, wo ich ihn vorfand."

Drohende Fäuste hoben sich.

„Führt uns an, Brohm! Fort nach dem Schloß! Dem Erdboden gleich machen wollen wir das Mördernest!"

In der Wettstube des Rathhauses klirrte das Fenster.

„Schaut! Was will der Rath? Laßt uns hören!"

Der Klang der Schelle, welche der Rathsschreiber im Fenster schwang, stellte die Ruhe wieder her.

„Der Rath der Stadt thut Euch Bürgern von Danzig kund und zu wissen, daß die Gesandtschaft, die er nach Marienburg an den Hochmeister um der widerrechtlichen Freiheitsberaubung der Herren Letzkau, Hecht und Groß gesendet hat, soeben zurückgekehrt ist mit einem Handschreiben des Herrn Hochmeisters Heinrich v. Plauen an seinen Bruder — —"

Wildes Gemurre unterbrach ihn. Er ergriff die Schelle, und mittelst ihres schrillen Klanges gelang es ihm, die Ruhe wieder herzustellen und sich weiter Gehör zu verschaffen. „Mit einem Handschreiben des Hochmeisters v. Plauen an seinen Bruder, den Comthur zu Schloß Danzig, die widerrechtlich gefangen Gehaltenen sofort und bedingungslos frei zu geben".

Wieder erhob sich wilder Lärm, und wieder besänftigte ihn der Klang der Schelle des Rathsschreibers, daß er fortfahren konnte: „Darum ergehet an Euch das Ersuchen und der Befehl des gesammten hochlöblichen Rathes, Euch aller Zusammenrottungen, sowohl hier als auf dem Schlosse, zu enthalten, Euch ruhig in Eure Behausungen und an Eure Arbeit zu begeben und die Befreiung der betreffenden Herren ihm zu überlassen, und seiner Weisheit zu vertrauen, daß er die rechten Mittel und Wege finden wird, von den Rittern im Schloß Genugthuung für den Schimpf zu erlangen, den sie einer freien Stadt in ihren Oberhäuptern angethan und zugefügt haben! Oder harter Anziehung der Strafen gewärtig zu sein, welche das Gesetz in Fällen der Widersetzlichkeit vorschreibt."

Klirrend schlug er das Fenster zu, und eingeschüchtert, nicht wissend, was sie glauben und hoffen, was sie fürchten, was sie thun sollte, vertheilte sich langsam die Volksmenge in die angrenzenden Straßen.

Nur um Brohm, der die Wahrheit seiner Aussage betheuerte, schaarte sich ein Trupp der Männer und folgte ihm nach dem Schloß, doch ruhig und still, wie er es von ihnen forderte. Dort trafen sie auf eine dichte Menge; denn noch war der Befehl des Rathes nicht hierher gedrungen, und der feierliche Aufzug der Abgeordneten des Rathes, welche die Freigebung der Gefangenen fordern kamen, hatte viele Neugierige nachgezogen.

Eine Abtheilung Stadtsöldlinge hielt diesen einen kleinen Platz vor der Zugbrücke offen, vor der sie sich postirt hatten, Einlaß begehrend. Doch vergeblich harreten sie dessen. Selbst als sie die geschriebene Botschaft des Hochmeisters dem Comthur ins Schloß gesandt, ward ihnen weder Eintritt vergönnt, noch irgend eine Gegenäußerung zu Theil.

Da plötzlich öffneten sich die Schloßpforten, die Zugbrücke rasselte nieder und drei bedeckte Bahren wurden von Knappen herausgetragen und vor die versteint dastehenden Rathsherren niedergesetzt. Noch ehe einer der Zuschauer zur Besinnung gekommen, waren die Träger wieder im Schloßhof verschwunden, das Thor geschlossen, die Brücke aufgezogen.

Der alte Wiedemann war der Erste, der sich faßte. Er trat vor und hob mit zitternder Hand die Decke von der erste Bahre.

Da lag Bürgermeister Letzkau starr und entstellt; auf den anderen seine todten Genossen.

Ein Weh- und Wuthgeheul schallte bei diesem Anblick vom Volke zum Himmel auf, daß die Uebelthäter jenseit der Mauer von Furcht erbebten und, sich bekreuzend, aller Heiligen Hilfe anriefen. Doch kam ihnen unerwarteter Entsatz.

Unter Trommelwirbel und Trompetengeschmetter kam ein großer Trupp berittener Stadt-Söldlinge über die Dämme dahergesprengt — voraus neben dem Hauptmann ein Herold, der an allen Straßenecken den Befehl des Rathes verkündete, den der Schreiber zuvor aus dem Fenster der Wettstube verlesen hatte.

Das aufgebrachte Volk zeigte Widersetzlichkeit. Es begann Wagen aller Art vom nahen Fischmarkt herbeizuschaffen, um über den Schloßgraben einen Zugang herzustellen, und rüstete Werkzeuge zur Berennung des Thores.

Rathmann Wiedemann that, was in seinen Kräften stand, einem Zusammenstoß zwischen den Bürgern und den Söldnern vorzubeugen. Er begütigte hier und wehrte dort; doch erst als ihm durch Scurdo Brohm und seine Anhänger Beistand wurde, gelang es ihm, eine Verständigung herbeizuführen. Als er den Hauptmann der Berittenen, mit Namen Johannes Lupi, vor die Todten führte und dieser unter ihnen Konrad

und aus allen Sensationsartikeln der officiösen Presse, aus allen Wahlreden der gouvernementalen Candidaten ertönt der Refrain: Wählt im Sinne der Regierung, sonst stimmt Ihr für den Krieg! Hierzu schreibt die „Voss. Ztg.“:

Alle diese Darstellungen gehen offenbar von einer Voraussetzung aus, welche unseres Ermessens nicht zutreffen kann. Sie unterstellen nämlich, daß die Reichsregierung sagen werde: Ehe wir uns mit einer dreijährigen Präsenzziffer begnügen, ehe wir dem Beschlusse des Reichstages zustimmen — lieber den Krieg! Denn die ganze Schwarzfärberei beruht doch auf der Annahme, daß die Reichsregierung sich um keinen Preis dem Willen des Volkes, wie er sich in den Wahlen kund giebt, fügen werde; dadurch werde mithin der innere Conflict entfesselt, und der innere Conflict im deutschen Reiche werde die Franzosen zum Angriffe auf Deutschland bewegen. Einstweilen wird es gestattet sein zu bezweifeln, daß die Franzosen sich einer solchen Thorheit schuldig machen. Denn sie müßten mit Blindheit geschlagen sein, wenn sie nicht wüßten, **daß es einem auswärtigen Feinde gegenüber in Deutschland keine Parteien, sondern nur ein einziges einiges Volk in Waffen giebt.**

An dieser Thatsache ist keinerlei Zweifel möglich. Oder wären die Franzosen wirklich so kurzsichtig, wie die Cartellpartei heute zu glauben sich den Anschein giebt, würde wirklich ein innerer Conflict für Frankreich das Signal zum Revanchekriege geben: merkt man denn gar nicht, welche ungeheure Verantwortung man auf das Haupt des deutschen Reichskanzlers wälzt? Der Reichskanzler braucht doch nur, fuß dem gerechten Vertrauen, daß der Reichstag so gut wie heute auch nach drei Jahren Alles bewilligen werde, was zu der Sicherheit des Vaterlandes nothwendig ist, einstweilen die Erhöhung der Wehrkraft auf die nächsten drei Jahre anzunehmen, und eine nahezu einstimmige Annahme des Gesetzes wäre gesichert. Wir haben die Zuversicht, daß die verbündeten Regierungen Patriotismus genug besitzen, um nicht mit den Anführern der cartellirten Parteien zu sprechen: Lieber als das Triennat den Conflict und den Krieg! Deshalb ist dieses ganze Spiel mit dem Feuer nichts als gefährlicher Humbug, der das Ausland mit Mißtrauen gegen die deutsche Politik erfüllt und im Inlande dem Erwerbsleben blutige Wunden schlägt. Es ist die **bare Unwahrheit, daß die Wähler über „Krieg und Frieden“ zu entscheiden haben.** Das Wasser wird gerührt, um der Reaction die Gelegenheit zu schaffen, im Trüben zu fischen. Denn je ernster wirklich die auswärtige Situation sein sollte, desto eher würde die Krone, wie einst der bairische König, sprechen wollen: „Ich will Frieden haben mit meinem Volke!“

* **[Die Geschäfte der Justizprüfungscommission.]** Nach dem im Justiz-Ministerialblatte veröffentlichten Berichte sind die Geschäfte der Justiz-Prüfungs-Commission im Jahre 1886 um ein geringes zurückgegangen; denn während 1885 818 Prüfungsaufträge eingingen, sind im Jahre 1886 dagegen 67 weniger, nämlich 751 ertheilt worden. Unter Hinzurechnung des verbliebenen Bestandes von 643 waren im letzten Jahre 1394 Aufträge (26 weniger als im Vorjahre) zu erledigen. Die größte Zahl der Bewerber war aus dem Kammergerichtsbezirke mit 242, Bezirk Breslau mit 171, Köln mit 166, Hamm mit 134, Naumburg mit 123, Königsberg mit 106, die wenigsten aus den Bezirken Kassel und Kiel mit je 37. Die Gesammtzahl der Prüflinge betrug 1394, hiervon schieden vorweg aus 18, bleiben 1376. Von diesen wurden 833 geprüft, es blieben somit 543 Bestand (100 weniger als im Vorjahre). Von den 833 geprüften Referendaren bestanden 692 die Prüfung, und zwar 61 mit dem Urtheil gut, 631 mit dem Urtheil ausreichend. Die übrigen 141 haben die Prüfung nicht bestanden, darunter 23, welche zum zweiten Male durchfielen, also von der höheren Laufbahn ausgeschlossen bleiben.

* **[Die Vertheilung aus dem Ertrage der Korn- und Viehzölle.]** An der Hand der officiellen Listen über die Waareneinfuhr in den freien Verkehr bis Ende September v. J. wurde seiner Zeit berechnet, daß die Kreis- und Communalverbände aus dem Ertrage der Vieh- und Getreidezölle auf Grund der lex Huene im laufenden Etatsjahre nicht mehr als 6¼ Millionen Mark, d. h. noch nicht ein Drittel der im Etat ausgeworfenen Summe erhalten würden. Daß die Ueberweisungen den berechneten Betrag nicht übersteigen werden, wird durch die Ergebnisse der Getreideeinfuhr in den letzten Monaten bestätigt. Die Bruttoeinnahme an Getreide- und Viehzöllen berechnet sich auf Grund der bezüglichen Einfuhr-Nachweisungen für die Zeit vom 1. April bis 31. Dez. 1886 auf annähernd 27¼ Mill. Mark. Nimmt man an, bemerkt dazu die „Voss. Ztg.“, daß die Einfuhren und dementsprechend auch die Einnahmen im 4. Quartal eben so hoch sein werden, wie im 4. Quartal des Vorjahres, in welchem die landwirthschaftlichen Zölle einen Bruttoertrag von 8¼ Millionen ergeben hatten, so kommt man für das Etatsjahr 1886/87 zu einer Gesammteinnahme von 35½ Millionen, welche sich durch die von Hamburg und Bremen an Stelle der Zölle an die Reichskasse abzuliefernden Zollaversen noch um ca. 500 000 Mk., also auf 36 Millionen erhöht. Von dieser Summe fallen auf Preußen nach Maßgabe seiner Bevölkerung 21½ Millionen. Hiervon würden nach dem Hueneschen Gesetz 15 Millionen der Staatskasse verbleiben, während der Rest von 6½ Millionen den Kreisen und größeren Communen zu überweisen wäre.

* **[Rübensteuer.]** Der Bruttoertrag der Rübensteuer bezifferte sich auf 113,1 Mill. Mk. (im Vorjahre 166,4 Mill. Mk.), der Ertrag des Eingangszolles auf 1,4 Mill. Mk. und der Nettoertrag der Zuckerabgaben, nach Abzug der auf 90,1 Mill. Mk. sich belaufenden während des Campagnejahres bezahlten Ausfuhrvergütungen auf 24,5 Mill. Mk. (39,4 im Vorjahre) oder 0,53 Mk. auf den Kopf der Bevölkerung. Der Verbrauch an Rohzucker im deutschen Zollgebiet ist berechnet unter Summirung der Production und der Einfuhr und unter Abzug der Ausfuhr, also ohne Rücksicht auf die Differenz zwischen den am Beginn und Schluß der betreffenden Periode vorhandenen Zuckervorräthen (weil es darüber an Nachweisen fehlt) für den Durchschnitt der fünf Campagnejahre 1871/72 bis 1875/76 zu 6,7 Kilogr., 1876/77 bis 1880/81 zu 6,4 Kilogr. und 1881/82 bis 1885/86 zu 7,8 Kilogr., für den Durchschnitt der 15 Campagnejahre 1871/72 bis 1885/86 zu 7,0 Kilogr. auf den Kopf der Bevölkerung.

Hamburg, 6. Febr. Auf eine Beschwerde des Parteivorstandes der deutschfreisinnigen Partei hob der Senat die Verfügung der Polizeibehörde in Betreff des generellen **Verbots öffentlicher Wahlversammlungen** wieder auf.

* **Aus Sachsen.** Zur Neubildung des 11. sächsischen Infanterie-Regiments und des 3. Jäger-Bataillons hat man schon jetzt von jeder Compagnie der bestehenden Regimenter zehn Mann aus allen Jahrgängen, sowie auch die nöthigen Unteroffiziere designirt, welche als Stamm für die neuen Truppentheile zur Verwendung kommen sollen. Das neue Infanterie-Regiment wird die Nr. 135 führen.

Aus Sachsen, 4. Febr. Der **sächsische Handwerkerbund** ist neuerdings mit einem besonderen **Wahlaufruf** an die Oeffentlichkeit getreten, in welchem alle Zunftgenossen zu reger Wahlagitation im Sinne der Regierungsparteien aufgefordert werden. Wenn irgend möglich, soll der Cartellcandidat veranlaßt werden, den Herrn Zünftlern bindende Zusicherungen zu geben hinsichtlich seiner Stellung gegenüber den Forderungen des Handwerks.

München, 6. Februar. Die **Socialdemokraten** hatten auf heute eine **Volksversammlung** auf dem Marienplatz angesagt. Dieselbe wurde indeß verboten. Trotzdem waren auf dem Platze etwa tausend Menschen erschienen. Die Gensdarmerie suchte um ½3 Uhr den Platz zu säubern. Sie wurde mit Pfeifen und Hochs auf Vollmar empfangen. Da die Gendarmen nichts ausrichteten, übernahm das Militär die Säuberung, die ziemlich schnell von statten ging, und sperrte die Straßen ab. Gegen 4 Uhr rückte das Militär ab, nachdem es zahlreiche Verhaftungen vorgenommen hatte. (Frkf. Ztg.)

Aus der Pfalz, 6. Febr. Die katholisch conservative „Pfälzer Ztg.“ bemerkt zu dem **Briefe des Cardinals Jacobini**:

„Kurz bemerkt hat Leo XIII. dies gethan, um sich der preußischen Regierung gefällig zu erweisen, sie zu Zugeständnissen auf dem kirchlichen Gebiete geneigt zu machen und sich ihre Unterstützung bei Rückforderung seiner weltlichen Herrschaft zu erwerben. Hier schon sei gesagt, daß der Papst unseres Erachtens mit einer solchen Einmischung einen Weg von sehr bedenklicher Consequenz eingeschlagen hat, der leicht das Centrum waffenlos machen könnte, worauf man der katholischen Kirche ihre Freiheiten erst recht wieder wegnehmen würde.“

England.

London, 6. Februar. Der **Prinz von Wales** ist heute Abend über Paris nach Cannes abgereist.

ac. **London**, 5. Februar. In Dundee fand am Donnerstag Abend eine Kundgebung zu Gunsten von **Homerule für Schottland** statt, der etwa 3000 Personen beiwohnten. Die Verhandlungen gipfelten in der Annahme einer Resolution, welche erklärt, daß die Regelung aller ausschließlich schottischen Angelegenheiten in die Hände des schottischen Volkes gelegt werden sollte. Eine Abschrift der Resolution wurde dem Marquis von Salisbury und Herrn Gladstone übermittelt.

Spanien.

* Nach französischen Berichten **aus Madrid** herrscht unter den Subaltern- und Unteroffizieren der spanischen Armee **weitverbreitete Unzufriedenheit**, welche von dem republikanischen Militärverein ausgebeutet wird. Auf dem Bankett, welches die Obersten und Oberstlieutenants dem Kriegsminister und dem Obergeneral der Infanterie gegeben haben, stellte der General Primo de Rivera den Marschall **Martinez Campos** als ein militärisches Muster hin und verglich ihn mit Cäsar, was einen sehr schlechten Eindruck gemacht haben soll. Das Elend in Madrid ist gegenwärtig sehr groß; über 6000 Arbeiter sind ohne Beschäftigung. Es haben in den letzten Tagen mehrere Kundgebungen von Leuten, die Arbeit verlangten, stattgefunden. Auch die **Carlisten** rühren sich wieder; sie haben in Saragossa ein Casino eingeweiht.

Türkei.

PC. Wie uns aus Konstantinopel gemeldet wird, beschränkt sich die Intervention der dortigen Vertretungen der Mächte anläßlich der Pfortenaction in der **bulgarischen Frage** bisher auf Zusammenkünfte der einzelnen Großmachtsvertreter und Repräsentanten der Pforte mit dem Botschafter Rußlands. Eine gemeinschaftliche Berathung sämmtlicher Botschafter hat bisher nicht stattgefunden. Die versöhnlichen Dispositionen Rußlands machen allgemein einen befriedigenden Eindruck; da aber trotzdem der Gegensatz zwischen dem russischen Standpunkte und dem der Regentschaft in Bulgarien noch ein ziemlich bedeutender ist, giebt man sich bezüglich des Resultates der Reunionen derzeit noch keinen positiven Erwartungen hin.

Rußland.

Warschau, 4. Februar. Wie man der „Pol. Corr.“ unter dem Gestrigen aus Warschau meldet, ist von der im russischen Staatsvoranschlage für 1887 für Communicationsbauten ausgeworfenen Dotation im Betrage von 50 Millionen Rubel die Summe von 2 Millionen speciell für den Weiterbau und Ergänzungen der **strategischen Eisenbahnen** im Königreiche Polen bestimmt.

Des Weiteren wird ebendorther eine Verfügung der russischen Regierung signalisirt, welcher zufolge unter Polizei-Aufsicht stehende Personen sich in **Festungsstädten** und im Umkreise derselben bis auf 25 Werst nicht aufhalten dürfen.

Jenen Zweigen der **russischen Verwaltung**, in welchen zur Zeit noch **Juden** und **Katholiken** zahlreiche Stellen bekleiden, was namentlich bei den Zahlanstalten der Fall ist, wurde seitens der Regierung die Pflicht eingeschärft, die genannten Elemente aus den Aemtern allmählich zu eliminiren und die erledigten Stellen ausschließlich mit Russen orthodoxen Glaubens zu besetzen.

Amerika.

Newyork, 4. Febr. (Reutersche Depesche.) Pater **M'Glynn** hat in Beantwortung der Auslassungen des Erzbischofs Corrigan eine Erklärung veröffentlicht, in der er von Neuem seine Anhänglichkeit an den Principien des politischen Glaubensbekenntnisses Mr. Henry Georges versichert und seine Erklärung gegenüber dem Erzbischof, daß er bei der Uebernahme seines Priesteramtes sich niemals seiner Rechte als Mann und Bürger begeben habe, wiederholt bestätigt. Der Pater bestreitet das Recht des Bischofs, des Papstes, oder der Propaganda, seine Betheiligung an den jüngsten Municipalwahlen oder an anderen politischen Bewegungen zu ahnden, und bestreitet auch das Recht des Vaticans, ihn nach Rom zu berufen. Zum Schluß erklärt er, daß der von ihm als Priester geleistete Eid des Gehorsams einfach das Versprechen bedeutet, in Angelegenheiten, welche seine **religiösen** Pflichten betreffen, der Kirche zu gehorche.

Von der Marine.

V **Kiel**, 6. Febr. Die Bestimmungen in Betreff der diesjährigen **Frühjahrs Indienststellungen in der Marine** sind in diesem Jahre früher getroffen als bisher. Wir haben zur Ergänzung bisheriger Mittheilungen folgendes nachzutragen: Während in den Jahren 1884, 1885 und 1886 keine Hochsee-Schlachtschiffe, d. h. keine der großen Panzerschiffe, zu den Geschwader-Uebungen herangezogen wurden, wird dies in diesem Jahre wieder der Fall sein. Das zu bildende **Manöver-Geschwader** wird nämlich aus den beiden großen Panzerschiffen „König Wilhelm“ und „Kaiser“ und außerdem aus dem neuen Panzerschiff „Oldenburg“ und dem Aviso „Pfeil“ bestehen. Für dieses Geschwader ist eine Uebungszeit von sechs Monaten vorgesehen. Von derselben Dauer werden die Uebungen des zu formirenden **Torpedo-Geschwaders** sein. Außerdem werden zu **Torpedo-Uebungszwecken** in Dienst gestellt das neuerdings einer Hauptreparatur unterzogene Torpedo-Schulschiff „Blücher“ mit dem Tender „Ulan“ und vier Schichau-Torpedoboote. „Blücher“ kommt auf 12 Monate, „Ulan“ auf 6 Monate und die vier Torpedoboote auf je zehn Monate in Dienst. Von der **Reserve-Division** der Ostsee wird ein Panzerschiff auf 12 Monate und von der **Reserve-Division der Nordsee** ein Panzerfahrzeug („Mücke“) auf **gleichfalls** 12 Monate und 3 weitere Panzerfahrzeuge auf je einen Monat in Dienst gestell. — Die von uns in Nr. 16283 der „Danz. Ztg.“ ausgesprochene Erwartung, daß die Kreuzerfregatte „Gneisenau“ dem **Schulgeschwader** beitreten werde, hat sich bestätigt. Das Geschwader, welches aus den zu Anfang April heimkehrenden Schiffen „Stein“, „Moltke“ und „Prinz Adalbert“, sowie der hinzutretenden Kreuzerfregatte „Gneisenau“ mit neuer Besatzung formirt werden soll, erhält eine zwölfmonatliche Dienstzeit. Als Schiffsjungen-Schulschiffe werden die beiden Kreuzer-Corvetten „Ariadne“ und „Luise“ auf je zwölf Monate, die beiden Segel-Briggs „Rover“ und „Musquito“ auf je sechs Monate und als Kadetten-Schulschiff die Segelfregatte „Niobe“ auf gleichfalls 6 Monate ausgerüstet werden. — Zu Probefahrten werden auf je 6 Monate die neuen Kreuzer-Corvetten „Arcona“ und „Alexandrine“ in Dienst gestellt.

Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

Berlin, 7. Februar. Der „Reichsanzeiger“ bringt eine Bekanntmachung des Cultusministers, nach welcher die philosophisch-theologische Lehranstalt zu Paderborn zur wissenschaftlichen Vorbildung von Geistlichen für geeignet erklärt wird.

Berlin, 7. Febr. Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse der 175. königl. preuß. Klassen-Lotterie fielen in der Vormittags-Ziehung:

4 Gewinne von 10 000 Mk. auf Nr. 106 871 115 227 115 846 121 342.

2 Gewinne von 5000 Mk. auf Nr. 65 371 160 959.

34 Gewinne von 3000 Mk. auf Nr. 10 717 35 180 35 898 37 162 41 390 43 496 45 320 53 792 58 079 61 034 73 846 75 705 88 099 89 675 93 658 96 865 97 784 105 579 106 174 113 083 117 860 117 921 126 283 126 747 134 444 143 368 150 020 151 279 159 001 167 346 169 594 170 176 173 024 180 189.

36 Gewinne von 1500 Mk. auf Nr 5229 10 925 19 562 22 374 36 641 45 611 57 651 59 977 63 482 67 443 73 201 86 713 89 440 89 834 91 396 93 049 101 160 106 397 112 792 114 428 130 080 134 802 141 659 141 822 157 176 158 237 163 324 178 756 176 305 176 014 176 089 177 793 179 089 179 643 181 456 187 773.

— In dem heutigen „Reichsanzeiger“ steht folgender Erlaß: „Sr. Majestät dem Kaiser und König sind Anträge von Vereinen zugegangen, durch welche letztere die gute Absicht äußern, Allerhöchstdenselben zur bevorstehenden Feier der Vollendung des 90. Lebensjahres ihre Gesinnungstreue und Verehrung durch persönliche Huldigungen zu bethätigen. So wohlthuend diese Kundgebungen Se. Majestät berühren, so sehen Allerhöchstdieselben sich doch durch das Bedürfniß der Ruhe und Schonung zu Allerhöchstihrem lebhaften Bedauern genöthigt, auf derartige Beweise der Theilnahme zu verzichten. Directe und persönliche Kundgebungen dieser Art, welche zum 22. März geplant werden sollten, würden daher im Interesse der Schonung der Kräfte Sr. Majestät zurückzuhalten sein. Um solchen wohlgemeinten Absichten zeitig vorzubeugen, haben Se. Majestät zu bestimmen geruht, daß Allerhöchstihre Willensmeinung durch die öffentlichen Blättter zur allgemeinen Kenntniß gebracht werde.

Berlin, 6. Februar 1887.

Der Reichskanzler und Präsident des Staatsministeriums v. Bismarck.“

— Nach unserem △-Correspondenten ist die Regierung in der Absicht schwankend geworden, die Kirchenvorlage wieder zuerst dem Herrenhause vorzulegen; sie neige jetzt dahin, sie zunächst dem Abgeordnetenhause zu unterbreiten.

— Nicht 400 000, sondern 60 000 socialdemokratische Flugblätter sind beschlagnahmt. Vor einer Druckerei in der Friedrichstraße wurden sie in zwei Droschken verladen. Diesen folgte in einem Privatwagen ein Beamter der politischen Polizei. Nahe dem Ziele fuhr der Wagen des Polizeibeamten mit einer der Droschken zusammen, wodurch ein Wortwechsel zwischen den Insassen beider Wagen entstand, in dessen Verlauf sich der Beamte auswies und die Ballen mit Beschlag belegte. In der Druckerei selbst soll seitens der Behörde der Satz zerstört und jeder weitere Druck socialdemokratischer Wahlflugblätter streng untersagt sein. Unter dem socialdemokratischen Wahlaufruf steht als Mitglied des Berliner Arbeiter-Wahlcomités der Schneider Julius Berndt als verantwortlich verzeichnet. Es sollte dasselbe nicht wie die in Zürich gedruckten im Geheimen, sondern offen als socialdemokratisches Wahlflugblatt in allen Bezirken vertheilt werden. Deshalb unterscheidet es sich auch wesentlich von den in der Schweiz gedruckten in der Sprache und es wird von dem Berliner Arbeiter-Wahlcomité beabsichtigt, gegen die Beschlagnahme Widerspruch zu erheben.

— Der bekannte Geh. Medizinalrath Professor Dr. Karl Schröder, Director der königlichen Frauenklinik, soll jetzt, da zu seinen bisherigen Leiden noch Gehirnkrankheit hinzugetreten ist, hoffnungslos darniederliegen. Seine Auflösung soll stündlich zu erwarten sein. Die Geheimräthe Leyden, Westphal und Gerhardt waren heute Morgen und Mittags zu Consilien an seinem Krankenbette versammelt.

— Auch die ausländischen Filialen des Berliner Preßbureaus sind jetzt in Action getreten. Ein als solches bekanntes Züricher Blatt erzählt, in Straßburg halte man einen Einbruch der Franzosen zum Frühjahr für ganz sicher und habe bereits alle Vorbereitungen dafür getroffen. Auch der Petersburger „Herold“, welcher von Berlin aus officiös bedient wird, bringt aus Berlin die Alarmnachricht, daß man das Stocken der diplomatischen Beziehungen mit Frankreich und Oesterreich befürchtet habe; desgleichen den angeblichen Wortlaut einer Antwort, welche Kaiser Wilhelm einer Reihe sich wieder zum Kriegsdienst meldender alter Offiziere gegeben haben soll. Auch die Berliner Officiösen haben jetzt sogar schon in Rußland den Credit gänzlich verloren, so daß dort Niemand diesen Flunkereien glaubt.

— Die gestrige Einziehung der Garde-Reserven machte sich in Berlin stark bemerkbar. In einem großen Manufactur-Waarenhause fehlten 57 Mann von dem Personal, in dem Pferdebahn-Depot am Kreuzberge 16 Personen vom Kutscher- und Stallpersonal.

— Die Actien der Deutschen Bank erlitten heute bei Beginn der Börse Einbußen auf die Meldung, sie ständen in enger Verbindung mit der Katastrophe Goldstein in Danzig. Die Deutsche Bank erklärte, sie befinde sich wohl in geschäftlichen Beziehungen zu Goldstein, sei jedoch vor event. Nachtheilen, welche ihr aus dieser Verbindung entstehen könnten, zum größten Theile durch Depots gedeckt und ein sich etwa ergebender Ausfall würde für das Institut nur unbedeutender Natur sein.

— In Eberswalde wurde gestern in einer bis auf den letzten Galerienplatz gefüllten Versammlung, an welcher auch der Reichstagsabg. Schrader theilnahm, der Oberlehrer Dr. Althaus von der hiesigen Luisenstädtischen Realschule mit allen gegen eine, bei der Gegenprobe zum Vorschein gekommenen Stimme als freisinniger Candidat für den Kreis Oberbarnim aufgestellt. — In Hoyerswerda-Rothenburg candidirt Rechtsanwalt Friedemann anscheinend mit viel Glück. In Ruhland sprach er vorgestern bei vollgepreßten Sälen und wurde fast einstimmig aufgestellt. Einige Ruhestörer wurden sofort von den Wählern an die Luft gebracht. — Von überall wird berichtet, daß die kleinen Leute diesmal mit besonderem Eifer für die freisinnige Sache eintreten; in Hoyerswerda haben, da in den wohlhabenden Klassen Lauheit herrschte, die Arbeiter die Initiative zur Aufstellung der freisinnigen Candidatur ergriffen. — In dem dritten mecklenburgischen Wahlkreise, bisher durch Hermes vertreten, stehen sich u. a. zwei Conservative gegenüber, v. Plötz und v. Oertzen. — In Altenburg ist Kaufmann Max Schulz aus Berlin als freisinniger Candidat aufgestellt. — In Frankfurt a. d. O. tritt Wisser-Windischholzhausen dem Landesdirector v. Levetzow entgegen.

Potsdam, 7. Febr. (W. T.) Das Schöffengericht verurtheilte heute den Redacteur der „Potsd. Nachrichten“ Gustav Prätsch wegen groben Unfuges (Verbreitung der falschen Nachricht von der Erschießung Villanme's) zu einer Haft von 6 Wochen.

Köln, 7. Februar. Man telegraphirt der „Nat.-Ztg.“: Der rheinische Parteitag des Centrums auf dem Gürzenich war von 5000 Personen besucht. Abg. Windthorst hielt eine einstündige Rede über Jacobinis Brief und die Frage: Giebt's Krieg? Das Centrum müsse jubeln, da der Papst den Fortbestand desselben auch ferner wünsche; er billige auch den jetzigen Personalbestand des Centrums. Jacobini's Brief sei sein bester Wahlaufruf. Zur Militärvorlage schlägt Redner den Papst als Schiedsrichter zwischen der Reichstagsmehrheit und der Regierung vor. Das Centrum habe nicht für 7 Jahre stimmen können, ohne sein Programm zu verleugnen. Wenn die Gegner glauben, daß der Papst das Centrum verleugnet, dann hätten sie das Schreiben verkannt. Das Centrum sei nicht indiscret, aber vielleicht würden noch weitere Acten vorgelegt werden. Der Erlaß werde tief erwogen werden, aber das Centrum werde seine Selbständigkeit wahren. Ob eine Kriegsgefahr nicht vorhanden sei, diese Frage könne Bismarck allein beantworten. Frankreich werde ohne Bundesgenosse nicht anfangen; aber wir müßten unser

---

Letzkau erkannte, da sprang er vom Pferde und küßte weinend die Hand des Gemordeten.

„Wie ein Vater hat er für mich gesorgt. Ich war Waise und ein betrügerischer Vormund wollte mich um mein Erbtheil bringen; da hat er mich in seinen Schutz genommen, hat mir das Meine erhalten und gemehrt, hat mit ernster Zurechtweisung und mit väterlicher Ermahnung mich immer wieder auf den rechten Pfad gebracht, wenn jugendlicher Leichtsinn mit mir durchgegangen war. Ehre und Dank Dir für Zeit und Ewigkeit!“

Er erhob sich wieder, und sein Schwert aus der Scheide ziehend, rief er gegen das Schloß gewendet: „Euch aber, Ihr entarteten, feigen Mörder, Euch schwöre ich Haß und Verderben! Nicht ruhen und rasten will, bis Ihr vertrieben und vertilgt seid und Euer Haus dem Erdboden gleich gemacht — —“

„Das ist auch mein Schwur“, fiel Scurdo Brohm ein, die Rechte gen Himmel streckend.

„Ich schwöre auch! Tod ihnen und Verderben!“ scholl es unter den Nächststehenden, und zahllose Hände erhoben sich.

„Schweigt! ich beschwöre Euch!“ rief Wiedemann. „Hoch gehen die Wogen der Empörung unter allen Schichten der Bevölkerung unserer Stadt; doch nimmer könnte Gutes erwachsen aus selbstgenommener Rache. Helft mir, sie niederhalten, Freunde, und hier den edlen Todten die letzten Ehren bereiten! Es ist das unsere nächste Pflicht!“

„Wohin, befehlt Ihr, daß wir sie geleiten?“ fragte Lupi.

„Laßt sie uns nach St. Marien bringen.“

„Nach St. Marien!“ wiederholten die Umstehenden. Und der Ruf pflanzte sich fort über den Platz, durch die angrenzenden Straßen.

Wiedemann trat zu Häupten der Leichen und hielt eine herzbewegende Rede zum Volk, es im Sinne der dahingegangenen edlen Männer zu Ordnung und Ruhe ermahnend, die Ahndung des dreifachen Mordes den zuständigen Richtern zu überlassen, und nicht noch mehr Elend über sich und die Stadt zu bringen durch vorweg genommene Rache.

Eindringlich, bewegt und bewegend war des Greises Rede, und die heiß und hell lodernde Leidenschaftlichkeit des empörten Volkes löste sich in Schmerz um die Heimgegangenen, besonders um den Verlust Herrn Letzkau's, der wie kein Anderer hingebungsvoll für das Gemeinwohl gewirkt, in unermüdlicher Sorge, der Recht und Gerechtigkeit stets gehandhabt ohne Ansehung der Person, ohne Rücksicht auf sich selbst, der Leben, Hab und Gut eingesetzt zu wiederholten Malen, unbedenklich für das allgemeine Beste.

Zutrauensvoll hatte das Volk zu ihm aufgeschaut wie zu einem Vater. Und nun er dahin war für immer, da kam ihnen all' Das, was sie in ihm verloren, mit verdoppelter Klarheit zum Bewußtsein.

Wittwen und Waisen jammerten um ihren besten Gönner und Schützer. Ein Jeder wußte Gutes, das er selbst oder ein Nahestehender durch ihn erfahren, zu bezeugen, und Wehklagen und Segenssprüche erschollen rings umher. Ritter und Rache waren für den Augenblick vergessen; Aller Denken und Trachten richtete sich auf die Todten.

Mit Trommelwirbel setzte sich ein Theil der Reiterschaar in Bewegung; Bürger trugen die mit weißen Trauerlaken bedeckten Bahren; dicht dahinter schritten entblößten Hauptes Herr Wiedemann und seine Genossen, Hauptmann Lupi mit der zweiten Abtheilung der Berittenen als Wachen zur Beobachtung des Schlosses zurücklassend; — und eine unabsehbare Menge folgte weinend und wehklagend.

Mit mächtigem Schall begleiteten die Kirchenglocken den Trauerzug und trugen die Kunde von geschehenem Unheil über das Weichbild der Stadt, daß der Ackerer draußen im Felde bang aufhorchend seine Arbeit ruhen ließ und der ziehende Wanderer mit einem scheuen Blick nach den ragenden Thürmen sich bekreuzte. (Forts. f.)

[Berichtigung.] In dem Feuilleton der Sonntags-Nummer „Aus Berlin“ ist bei dem Bericht über das Geschichtsbild „Gustav Adolfs Tod“ (5. Spalte oben) der Name des Malers: **Wilhelm Räuber aus München, ausgelassen worden.**

Pulver trocken halten und mit aller Kraft an den Errungenschaften des Frankfurter Friedens festhalten.

Danzig, 8. Februar.

* [**Neue Ordensniederlassung.**] Die Minister des Innern und der geistlichen Angelegenheiten haben genehmigt, daß in Danzig eine neue Niederlassung der Genossenschaft der grauen Schwestern aus dem Mutterhause in Neisse behufs Ausübung der Krankenpflege errichtet werde.

* [**Reservistenübung.**] Gestern ist auch hier die Einstellung der Reserven zu 12tägigen Uebungen mit dem Repetirgewehr erfolgt.

* [**Combinirbare Rundreisebillets.**] Die geschäftsführende Direction des Vereins deutscher Eisenbahn-Verwaltungen hat den letzteren die Aenderungen bekannt gegeben, welche in den mit Beginn der Reise-Saison am 1. Mai d. J. neu erscheinenden Bestimmungen über die Ausgabe combinirbarer Rundreise-Billets eintreten werden. Für das Publikum ist davon bemerkenswerth, daß eine Bestimmung getroffen ist, wie mit Reisenden zu verfahren ist, die mit einem Billet betroffen werden, mit welchem sie die Reise nicht begonnen haben. Bekanntlich sind die Rundreise-Billets wie die Retourbillets nicht auf einen Anderen übertragbar Zur Feststellung der Identität ist der Inhaber verpflichtet, vor Antritt der Reise auf dem Billetumschlag an dazu vorgesehener Stelle seine Namensunterschrift zu geben und dieselbe unterwegs bei einer etwaigen Revision auf Anfordern zu wiederholen. Die neue Bestimmung schreibt nun vor: „Ergiebt sich bei der Revision, daß der Reisende nicht der rechtmäßige Eigenthümer ist, so wird ihm das Billet abgenommen und er als solcher behandelt, der ohne giltiges Fahrbillet betroffen wird."

≌ [**Conservative Versammlung.**] Gestern Abend hielt die hiesige conservative Partei im Schützenhaussaale eine Versammlung ab. Nachdem die Herren Albert Claassen, Lehrer Schulz, Regierungsrath Müller und Schlossermeister Teichgräber gesprochen, nahm die Versammlung den Beschluß an, daß die hiesige conservative Partei für die Candidatur des Herrn Commerzienrath Böhm bei der am 21. d. Mts. stattfindenden Reichstagswahl eintreten wolle.

* [**Schwurgericht.**] Zum Vorsitzenden für die am 7. März cr. beginnende 2. Schwurgerichtsperiode ist Hr. Landgerichts-Director Birnbaum ernannt worden.

* [**Messer-Affäre.**] Sonntag Abend entstand in der Tischlergasse zwischen dem Arbeiter B. und dem Schneidergesellen G ein Streit, bei welchem B. das Messer zog und dem G. eine bedeutende Schnittwunde über Hals und Gesicht beibrachte. B. wurde verhaftet.

Vermischte Nachrichten.

* [**Eine Statue König Ludwigs II. von Baiern**] wird in der von Ludwig I., dem Großvater des unglücklichen Monarchen, erbauten Walhalla bei Regensburg errichtet werden. Nachdem der Landtag die erforderlichen Mittel in Höhe von 30 000 ℳ bewilligt hat, ist von dem bairischen Ministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten zur Erlangung von Entwürfen ein Preisausschreiben erlassen worden, das die Künstler zur Betheiligung einladet, die in Baiern ihren Wohnsitz haben. Es fordert die Einsendung von Skizzen in ein Fünftel der Größe bis zum 31. März d. J und sichert als ersten Preis, hierin in dem heute üblich gewordenen, in Künstlerkreisen stets bekämpften Brauch abweichend, den Auftrag zur Ausführung des Denkmals zu, während die Beträge von 1000 bis 800 ℳ als zwei weitere Preise ausgesetzt sind. Die Statue des Königs soll in bestem carrarischen Marmor ausgeführt, das Postament aus einem dazu passenden bairischen Material hergestellt werden. Eine Ausstellung der Entwürfe wird im Münchener Krystallpalast erfolgen.

* [**Ein Volapükisten-Bankett**] hat in Paris stattgefunden, bei dem mehr als zweihundert Gedecke aufgelegt waren. Es war ein seltsames Fest, bei dem auf dem Menu der Fisch „Fit", die Suppe „supi", das Filet de Boeuf mit Kartoffeln „xolanki potess", der Kuchen „tum", und so fort hießen. Die Kellner des Restaurants gehörten selbst als Mitglieder dem Volapükisten-Club an, und so hörte man folgende Bruchstücke von Gesprächen: „Li vilot supi" (befiehlt der Herr Suppe?); „Givol os fla di de vot!" (Kellner, eine Flasche frischen Wassers, ich bitte!); „Ebinos Kolodik adelö (es hat heute eine Wolfskälte). Beim Dessert wurden ganze Reden in Volapük gehalten. Die Sprache klingt zwar nicht harmonisch, aber soll, wie man meint, die Völker durch die Bande des Friedens vereinen. Das wäre gegenwärtig ganz angebracht.

* [**Entsprungener Verbrecher.**] Große Aufregung herrscht augenblicklich in der Neumark, besonders in und um Bärwalde. Einer der berüchtigtsten Ein- und Ausbrecher, ein Arbeiter Mattis, befand sich im dortigen Gerichtsgefängniß in Untersuchungshaft; wegen seiner Gefährlichkeit war er mit Hand- und Fußspangen gefesselt. Am Montag gegen Abend meldete sich Mattis dem Gefangenwärter, um dem Untersuchungsrichter angeblich Geständnisse abzulegen. Beim Rücktransport nach dem Gefängniß versetzte er dem ihn begleitenden Wärter unverhofft einen Stoß vor die Brust, streifte sich auf unerklärliche Weise die Fesseln ab und entsprang, nachdem er auch die Pantoffeln weggeworfen, auf den Strümpfen. Am nächsten Tage wurden im freien Felde wohl die Fußspuren von dem Verbrecher, aber sonst nichts entdeckt. Das Gericht sowohl als die Polizei haben jetzt einen Aufruf an die Bewohner der Umgegend erlassen, alle Höfe, Gärten und Scheunen nach ihm zu durchsuchen, da der Verdacht vorliegt, daß Mattis, welcher vor keinem Verbrechen zurückschreckt, sich nach der rothen Mühle begeben wird, um sich dort an dem Mädchen zu rächen, welches ihn das letzte Mal der Polizei ausgeliefert hat, nachdem er sich eineinhalb Jahr verborgen gehalten. Andere Kleidung hat er bereits, wie festgestellt, einem Bahnwärter gestohlen.

Essegg, 5. Januar. Unter den Patienten des hiesigen Landesspitals ist die **Cholera** ausgebrochen. Vorgestern sind vier an der Epidemie Erkrankte gestorben. Bis gestern Mittags wurden vierzehn in das Neustädter Choleraspital transportirt.

Zuschriften an die Redaction.

Zur Theilung des Danziger Landkreises.

In den Motiven für die Theilung bisheriger Landrathskreise in Nr. 16291 der „Danz. Ztg." heißt es ad 4 über den Danziger Landkreis: In Folge der außerordentlichen Fruchtbarkeit des Marschbodens in der Niederung ist die — „Auftheilung des Grund und Bodens eine größere gewesen, der bäuerliche Besitz, der zum überwiegenden Theile dem Großgrundbesitz im Sinne der Kreisordnung angehört" 2c. Dann heißt es: „Auf der minder ertragreichen Höhe dagegen haben sich naturgemäß größere Besitzcomplexe herausgebildet, während der bäuerliche Besitz zurücktritt." — Von Letzterem ist dort weiter garnicht mehr die Rede!

Anlangend die Entstehung jener großen Besitzcomplexe, der Rittergüter, dürfte im Allgemeinen die einfache Erklärung genügen, daß dieselben nach Bekehrung der heidnischen Bevölkerung und den folgenden Fehden und Kriegen, als persönliche Entschädigung des Einzelnen für geleistete Dienste und als erbliches Fundo verliehen worden sind. Wenn auch auf uncultivirten, so doch wasserfreien Stellen siedelten sie sich an. Was also bei der Rohheit und dem leidenden Gehorsam der geringen Bevölkerung zu jener Zeit, wo das Recht des Stärkeren galt, nur allein möglich war, soll heute noch als naturgemäße Herausbildung der großen Gütercomplexe und — specieller Interessen derselben gelten In Rücksicht auf letztere soll, so wird weiter erklärt, eine Verzögerung nützlicher Einrichtungen, sowie eine wenig erfreuliche Spannung, vermuthlich wegen der neuzeitlichen Zusammensetzung gewählter Kreisvertretungen, vorhanden sein. Freilich, das muß die Sache ändern, namentlich auch die Ueberzeugung aller derer, welche bis dahin das allgemeine Interesse des Kreises als bestimmend voraussetzten und demnach sich berechtigt hielten, ihrem Widerpart das Liedchen vorzublasen: „Du bist der beste Bruder auch nicht!"

Angenommen, wenngleich nicht zugegeben. „Die speciellen Interessen und Anschauungen der Nächstbetheiligten" sollen mit ihrem Bestreben künftig grundlegend sein, würde dann, selbst unter anscheinend homogenen Verhältnissen in den neuen Kreisen, jede wenig erfreuliche Spannung 2c. sofort verschwinden? Was hier aber immer noch fraglich bleibt, dürfte bei den heterogenen Besitzverhältnissen eines Kreises Danziger Höhe z. B. dahin führen, daß wenn auch nicht die Geister, wohl aber die speciellen Interessen aufeinander platzen, und wenn dann noch so nebenbei das geflügelte Wort des Abg. v. Minnigerode dem einen oder dem andern seiner Verehrer aus dem Herzen über die Zunge läuft: Ruhig da, wir sind hier die Majorität! Dann — wird abgestimmt und beschlossen. Damit Punktum. —z.

Briefkasten der Redaction.

„**Alter Abonnent**" hier: Ihre Berechnung der Pension nach dem neuen Pensionsgesetz dürfte zutreffend sein, wenn Sie zu Ihrem Gehalt nicht den Wohnungsgeldzuschuß Ihres Wohnortes, sondern den durchschnittlichen Wohnungsgeldzuschuß von 120 ℳ pro anno hinzugerechnet haben, was hier nicht beurtheilt werden kann. Wenn diejenigen Personen, welche vor Eintritt des neuen Pensionsgesetzes sich bereits in einer Stelle befunden haben, bei Berechnung des alten Pensionsgesetzes mehr Pension beziehen, als bei Berechnung des neuen Pensionsgesetzes, so werden dieselben, den gesetzlichen Bestimmungen gemäß, nach ersterem pensionirt; dies scheint bei Ihnen zuzutreffen. Hiernach erhielten Sie für 35 Dienstjahre Pension und zwar: für zehn Jahre $\frac{1}{4}$ = 300 ℳ und für $\frac{25}{80}$ à 15 ℳ = 375 ℳ, in Summa 675 ℳ, mithin 55 ℳ pro Jahr mehr, als nach dem neuen Pensionsgesetz.

Standesamt.

Vom 7. Februar.

Geburten: Malermeister Albert Welsch, T. — Arbeiter Valentin Rohde, T. — Schuhmachergef. August Dedorat, T — Arb. Paul Woiszewski, S. — Zimmergesell Albert Grenz, S. und T. — Böttchergef. Carl Reimer, S. — Zimmergef. Heinrich Zemcke, T. — Arb. Rudolf Pohl, 2 T. — Maurergef. Julius Fromm, S. — Arb. Johann Binkowski, T. — Schuhmachergef. August Straube, T. — Unehel.: 3 T.

Aufgebote: Knecht Johann Franz Treiter in Niwic und Therese Marianne Todrowska daselbst. — Geschäftsreisender Cornelius Wilhelm und Minna Emilie Sawatzki. — Kürschnergeselle Carl August Senkbeil und Anna Maria Ottilie Beyer. — Arb. Friedrich Mattern und Anna Magdalena Zeranski. — Arb. Karl Johann Zalewski in Schlawe und Caroline Wilhelmine Bertha Pinnow daselbst.

Heirathen: Kornträger August Martin Dombrowski und Johanna Marie Prang. — Arbeiter Friedrich Wilhelm Löllwitz und Emilie Julianna Bauer.

Todesfälle: Frau Amalie Magdsik, geb. Schröder, 47 J — Frau Bertha Wilhelmine Monglowski, geb. Maschke, 68 J. — Frau Mathilde Emilie Borkowski, geb. Steier, 49 J. — S. d. Arbeiters Heinrich Peters, 3 M. — Arb. Hermann Bansemer, 61 J. — Arbeiter Josef Kraja, 47 J. — S. d. Schneidergef. Bernhard Siebert, 3 J. — T. d. Bernsteindrechslers Gustav Prillwitz, 5 M. — Tabakspinner Theodor Pluckthun, 42 J. — Geschäfts-Agent Louis Michelsohn, 64 J. — T. d. Formers Julius Röhr, 14 J. — S. d. Zimmermanns Carl Fröse, 13 J. — Unehel.: 1 S., 2 T.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

(Spezial-Telegramme.)

Frankfurt a. M., 7. Febr. (Abendbörse.) Oesterr. Creditactien 217⅛. Franzosen 193. Lombarden 71⅜. Ungar. 4% Goldrente 77,20. Russen von 1880 80,00. Tendenz: fest.

Wien, 7. Februar. (Abendbörse.) Oesterr. Creditactien 273,75. Franzosen 242,25. Lombarden 90,75. Galizier 194,75. 4% Ungar. Goldrente 96,70. — Tendenz: ruhig.

Paris, 7. Februar. (Schlußcourse.) Amortis. 3% Rente 82,20. 3% Rente 78,55. 4% Ungar. Goldrente, 77⅛. Franzosen 481,25. Lombarden 195,00. Türken 13,35. Aegypter 360. Tendenz: fest. — Rohzucker 88° loco 28,20. Weißer Zucker ℘ Februar 33,00, ℘ März 33,20, ℘ März-Juni 33,60. Tendenz: weichend.

London, 7. Februar. (Schlußcourse.) Consols 100⅝. 4% preuß. Consols 101¾. 5% Russen de 1871 93½. 5% Russen de 1873 92⅜. Türken 13⅛. 4% Ungar. Goldrente 75⅞. Aegypter 70⅝. Platzdiscont 2¾ %. Tendenz: fest. Havannazucker Nr. 12 12½, Rübenrohzucker 10⅝. Tendenz: ruhig.

Petersburg, 7. Februar. Wechsel auf London 3 M. 21¾. 2. Orientanl. 98⅛. 3. Orientanl. 98¼.

Berlin, den 7. Februar.

		Crs. v. 5.			Crs. v. 5.
Weizen, gelb			4% rus. Anl. 80	80,00	79,35
April-Mai	164,00	163,50	Lombarden	143,50	144,50
Mai-Juni	165,70	165,20	Franzosen	386,00	385,50
Roggen			Cred.-Actien	450,00	445,50
April-Mai	132,00	132,20	Disc.-Comm.	189,50	187,25
Mai-Juni	132,20	132,50	Deutsche Bk.	153,00	152,75
Petroleum pr.			Laurahütte	81,75	79,50
200 ℔			Oestr. Noten	158,85	158,80
Februar	22,00	22,10	Russ. Noten	184,50	184,10
Rüböl			Warsch. kurz	183,80	183,80
April-Mai	45,20	45,20	London kurz	—	20,35⁵
Mai-Juni	45,50	45,50	London lang	—	20,24
Spiritus			Russische 5%		
April-Mai	37,30	37,50	SW-B. g. A.	58,40	58,00
Juli-August	38,90	39,10	Danz. Privat-		
4% Consols	104,40	104,00	bank	133,00	133,00
3½% westpr.			D. Oelmühle	105,00	103,00
Pfandbr.	97,00	96,20	do. Priorit.	106,00	104,20
4% do.	—	—	Mlawka St-P.	99,00	99,00
5% Rum. G.-R.	91,50	90,00	do. St-A.	38,70	37,10
Ung. 4% Gldr.	77,20	76,20	Ostpr. Südb.		
II. Orient-Anl	55,90	55,70	Stamm-A.	67,50	66,90

1884er Russen 93,55. Danziger Stadt-Anleihe —.
Fondsbörse: fest.

Rohzucker.

Danzig, 7. Februar. (Privatbericht von Otto Gerike.) Tendenz: ruhig. Heutiger Werth für Basis 88° R. ist 19,25 ℳ incl. Sack ℘ 50 Kilo franco Hafenplatz.

Danziger Viehhof (Altschottland).

Montag, 7. Februar.

Aufgetrieben waren: 33 Rinder (nach der Hand verkauft), 22 Bakonier preisten 38 ℳ, 118 Landschweine preisten 32—36 ℳ ℘ Ctr. Alles lebend Gewicht. Markt geräumt; das Geschäft verlief glatt.

Schiffsliste.

Neufahrwasser, 7. Februar. Wind: NO.
Angekommen: Carl (SD.), Neumann, Kiel, leer.
Im Ankommen: 1 Schooner.

Fremde.

Englisches Haus. Metzkow a. Offecken, Administrator, Kny a. Heyda i. Böhmen, Hohenstein a. Stettin, Stiel a. Bremen, Schüddekopf u. Lemke a. Berlin, Brandt a. Sunderland, Oettgen a. Köln, Wolff a. Breslau u. Breitschneider a. Kulm, Kaufleute. Haueisen a. Ratibor, Conditoreibesitzer. Hildebrandt a. Leipzig, Director. Graf a. Mecklenburg, Rittergutsbesitzer.

Hotel drei Mohren. Taute a. Rathenow, Weyer a. Mainz, Müller a. Hamburg, Löffer, Hecht, Josephsohn, Moritz u. Liede a. Berlin, Anstatt a. Magdeburg, Wirth a. Merseburg, Goldberger a. Cöln, Cohn a. Königsberg, Biesinger a. Avize u. Mentzel a. Stettin, Kaufleute. Klunder a. Neidenburg, Vicar.

Hotel de Berlin. S. Georg aus Stuttgart, Baß u. Müller a. Nürnberg, Hirschfeld a. Bielefeld, Bernhardt, Mörlin, Korn, Stein, Küsel u. Schwaan a. Berlin, Rosenthal u. Simon a. Frankfurt, Monasch a. Stettin, Karutz a. Stralsund, Sturtevant a. Bremen, Hartwig a. Breslau, Oechsner a. Dresden, Rotschild a. Königsberg, Steinhardt a. Hamburg, Schneider a. Hannover u. Krause a. Lübeck, Kaufleute.

Hotel de Thorn. Oschinsky a. Breslau, Malthes a. Kersten a. Stettin, Becker a. Osnabrück, Coper, Cohn, Oertel u. Fermun a. Berlin, Backhaus u. Gärtner a. Leipzig, Mattersdorf a. Lennep, Bartels a. Hamburg, Kirchner a. Leobschütz, Becker a. Aachen, van der Schilden a. Amsterdam, Dorn a. Durin, Stedner a. Plauen u. Walther a. Meißen, Kaufleute. Hevelke a. Warzenko, Lieuten. u. Rittergutsbesitzer.

Kinder's Hotel. Neumann u. Engel a. Schneidemühl u. Bär a. Filehne, Kaufleute. Schuppenberg a. Struk, Gutsbesitzer.

Verantwortliche Redacteure: für den politischen Theil und vermischte Nachrichten: Dr. B. Herrmann, — das Feuilleton und Literarische H. Röckner, — den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine-Theil und den übrigen redactionellen Inhalt: A. Klein, — für den Inseratentheil: A. W. Kafemann, sämmtlich in Danzig.

General=Versammlung
des Armen=Unterstützungs=Vereins zu Danzig
Donnerstag, den 24. Februar 1887,
Abends 5 Uhr,
im oberen Saale der Ressource „Concordia",
am Langenmarkt Nr. 15, 2 Treppen.

Tagesordnung:
1. Erstattung des Jahresberichts.
2. Ertheilung der von den Revisoren der Rechnung pro 1885 beantragten Decharge.
3. Wahl der Revisoren für die Rechnung pro 1886.
4. Wahl des Vorstandes und der Comité=Mitglieder für das Jahr 1887.

Wir ersuchen die Mitglieder unseres Vereins um zahlreiche Betheiligung.

Das Comité. (2161



Statt besonderer Meldung.

Heute Morgen 1 Uhr starb nach längerem Leiden, tief betrauert von den Ihrigen, Frau

Wilhelmine Monglowski,
geb **Maschke,**
in ihrem 69. Lebensjahre.

Danzig, den 7. Februar 1887.
Die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 10 d. Mts., Nachm. 3 Uhr, auf dem Trinitatis=Kirchhofe, von der Leichenhalle aus statt. (2317

Häkergasse Nr. 10 im Auctions=Local
sind stets vorräthig, mah., birk. und fichtene Möbel aller Art als Kleiderschränke, Wäscheschränke, Servanten, Sophas, Kommoden, Stühle, herrschaftliche und Gesinde=Bettgestelle und =Betten, Regulators, Wand= und Taschenuhren ꝛc., ein Commissionslager v. Sophaspiegeln, Pfeilerspiegeln, Gardinenstangen u Oeldruckgemälden

Wilhelm v. Glaczewski,
Auctionator und Taxator,
Häkergasse 10. (2244

Ich bin zurückgekehrt.
(2310
Dr. Farne.

Specialarzt Dr. med. Meyer
heilt alle Arten von äußeren, Unterleibs=, Frauen= u. Hautkrankheiten jeder Art, selbst in den hartnäckigsten Fällen, gründlich und schnell, wohnhaft seit vielen Jahren nur Leipzigerstr. 91, Berlin, von 11 bis 2 vorm., 4 bis 6 nachm. Auswärt. mit gleichem Erfolge brieflich. (Auch Sonntags.) (9868

Geldgewinne
Ziehung 16. Februar.
Kaiser Wilhelm Stift=Lott. 2 ℳ 10
Cölner Dombau= " 3 " —
Oppenheimer Dombau= " 2 " —
Ulmer Münsterbau= " 3 " —
Rückporto 10 ₰, jede Liste 20 ₰
Hauptgewinne 2 à 75 000, ℳ, 30 000, 15 000 ℳ baar Geld.
Im Ganzen ca. Eine Million Mark. 10[1]/[2] ℳ. od. 4 Loose Für 10 1/2 u. 4 amtliche Gewinnlisten franco. Für 105 ℳ je 11 Loose obiger Lotterien.
Königl. Preuß. Lott. 1 Klasse
1/1 1/2 1/4 1/8 u. 1/16 Anth.
44 22 11 5 1/2 u. 3 ℳ.
Auszahlung aller — sofort nach Ziehung
A. Eulenberg, Hauptcollecteur, Elberfeld.
Lotterie= und Bankgeschäft.
[inverted line:] Bank Lotterie

Das neue evangelische Gesangbuch
für Ost= und Westpreußen,
broschirt à 1 ℳ,
ist in unterzeichnetem Verlage erschienen und infolge seines deutlichen Druckes, guten Papiers und handlichen Formats sehr bald beliebt geworden. Gemeinden, welche dieses Gesangbuch einzuführen beabsichtigen, können dasselbe durch alle Buchhandlungen beziehen, wie auch durch die unterzeichnete Verlagshandlung von

A. W. Kafemann
in Danzig.

Jugend=Album
von Herm. Nürnberg
12 leichte sehr ansprechende Klavierstücke in einem Bande
nur 1 ℳ.
Vorräthig bei (2293
Hermann Lau, Musikhandlung,
Wollwebergasse 21.

Mess. Apfelsinen, Mess. Citronen, Valencia-Apfelsinen,
in vorzüglicher Frucht in Kisten und ausgezählt
empfiehlt (2238
Carl Schnarcke,
Danzig.

Gespickte Hasen
letzte Woche! — Hasen zum Aufbewahren. — Aufträge rechtzeitig erbeten
2281) **Wildhandlung** Röpergasse 13.

Delicatessen=Handlung
Beutlergasse Nr. 14.
Eine größere Sendung
fetter Enten
ist heute eingetroffen

In meinen **23** Centralgeschäften und beinahe [illegible] Filialen, wie bei jeder Bahnhofs-Restauration in Deutschland sind meine garantirt reinen, gesunden, ungegypsten, französischen, ächten
Naturweine
von 1/4 Liter (Carafons-Pat.-Verschl.) an zu haben. [No 82.]
Ausführl. Preis-Courant gratis u. franco.
Oswald Nier, Haupt-Geschäft: Berlin.
Central-Geschäft in Danzig
Langgasse 24.

Böhm. Bettfedern
versende in Postpacketen franco, sack- und zollfrei gegen Nachnahme. Die beliebten neuen **blauen Bettfedern,** 95 ₰ per Pfund. Weiße reine schöne **Gänsefedern** 1,50, 2, 2,50, 3, 3,50 bis 4,50 ℳ per Pfund, weich und sorgfältig geschlissen.
A Weil in Prag, Eiermarkt 16, neu. „Zum gold. Stern". (2278

Ich beabsichtige den Verkauf resp. die Vertretung für
trockenes gesundes Kiefern=Klobenholz,
1. und 2. Klasse, ebenso für Knüppel runde und gespaltene, zu übernehmen, auch dem Lieferanten unentgeltliche Benutzung meines Lagerplatzes zu bewilligen.

Adressen unter Nr. 1925 in der Exped. d. Ztg. erbeten.

Ein Geschäftshaus in Elbing,
höchst günstig gelegen, soll wegen Kränklichkeit ohne Einmischung eines Dritten sofort verkauft werden. In demselben ist seit langen Jahren ein **Colonialwaaren=Geschäft** en detail und en gros mit dem besten Erfolg betrieben und ein jährlicher Umsatz von 3 bis 400 000 ℳ erzielt worden. Zur Uebernahme würden ca. 15000 ℳ genügen.

Gef. Offerten unter Nr. 2026 in der Exped. d. Ztg. erbeten.

Frische grosse Hechte,
14 und 20 Pfd schwer, offerirt **Krefft,** Schwarzes Meer Nr. 20 parterre.

Breitgasse 13, 1, ist ein feines
Pianino
sehr preiswerth zu verkaufen (2286

Ein grosser langhaariger Hund
mit guter Figur, ist Schwarzes Meer Nr. 4, 3. Etage billig zu verkaufen.

Ein wenig gebrauchtes sehr gutes
Pianino
billig zu verkaufen Jopengasse 6,
2253) **Hange=Etage.**

Sie können sofort **reich** heiraten! Verlangen Sie einfach unsere **reichen** Heiratsvorschläge (Versand discret!) Porto 20 Pf. **General=Anzeiger, Berlin SW. 61.** (größte Institution der Welt!)

Einen durchaus
tüchtigen Verkäufer
für Modewaaren und Confection sucht **J. Brandy, Breslau**

Eine Dame mit einem 3jährigen Kinde wünscht in Oliva oder Zoppot für 2 bis 3 Monate Pflege und Logis bei einer Frau oder Hebeamme zu finden.

Aufnahmebedingungen unter 2119 in der Exped. dieser Zeitung erbeten.

Agent gesucht.
Für Danzig und Umgegend wird von einem eingeführten Hause ein tüchtiger Agent gesucht, der mit der Friseur=, Parfümerie= und Droguen=Kundschaft vertraut ist. Es wollen sich nur solche Bewerber melden, die Prima=Referenzen aufzuweisen haben und event. Caution stellen können. — Offerten sub N. 6629 an **Heinrich Eisler,** Annoncen-Expedition, Hamburg erbeten. (2255

Holz=Verkauf
im Wege der Submission
in der
Kgl. Oberförsterei Grünfelde bei Schwekatowo in Westpr.
am 18. Februar 1887.

Auf folgende Bauhölzer von 30 cm mittlerem Durchmesser und 8 m Länge aufwärts (Handelsholz) sowie in Nutzenden ausgehaltenes Kiefernzopfholz resp. kürzeres oder schwächeres Stammholz werden versiegelte, mit der Aufschrift „Holzsubmission" versehene Gebote bis zum **18. Februar 1887,** Vormittags 11 Uhr, entgegengenommen.

Die Gebote sind auf die einzelnen nachstehend angegebenen Loose unter Bezeichnung der Loosnummer für das ganze Loos in auf volle Mark abgerundeter Summe, ohne jede Nebenbedingung abzugeben.

Die besonderen Submissionsbedingungen sowie die daneben gültigen allgemeinen Bedingungen für den Holzverkauf aus fiskalischen Forsten können in hiesiger Registratur eingesehen oder gegen Erstattung der Schreibgebühren bezogen werden.

Die Eröffnung der eingegangenen Gebote bezw. die Ertheilung des Zuschlages erfolgt öffentlich im oben bezeichneten Termine im **Bethke'schen** Gasthause zu **Suchau.**

1/4 des Kaufpreises ist im Termin, der Rest spätestens 8 Wochen nach Ertheilung des Zuschlages an die **Königliche Forstkasse zu Brunstplatz** bei Lnianno zu zahlen.

Käufer, welche nicht selbst im Termin erscheinen wollen, haben das Angeld von 1/4 ihres Gebotes so zeitig an die genannte Kasse einzusenden, daß dieselbe noch vor Beginn des Termins im Besitz desselben ist.

Die betr. Forstbeamten werden das Holz auf Verlangen vorzeigen.

Loos-Nr.	Schutzbezirk	Jagen	Holzart	I. Klasse Stück	I. Klasse Festmtr.	dc	II. Klasse Stück	II. Klasse Festmtr.	dc	III. Klasse Stück	III. Klasse Festmtr.	dc	IV. Klasse Stück	IV. Klasse Festmtr.	dc	V. Klasse Stück	V. Klasse Festmtr	dc	Sortiment	Taxpreis für das ganze Loos
				15 ℳ			14 ℳ			12 ℳ			10 ℳ			7 ℳ				ℳ
I	Birkenthal	20	Kfr.	20	46	31	59	83	71	154	183	11	236	175	66	—	—	—	Handelsholz	5821
II	Suchau	75	"	7	17	37	43	73	59	91	110	75	51	39	71	—	—	—	"	3017
III	"	84a	"	19	45	44	34	57	86	81	96	93	69	53	92	—	—	—	"	3194
IV	"	88	"	1	2	08	18	30	01	46	57	15	45	34	70	—	—	—	"	1485
V	Rudno	63	"	—	—	—	—	—	—	3	3	33	13	9	47	4	1	83	Stämme v. 8m lg. abwärts.	797
	"	"	"	—	—	—	1	1	76	4	4	71	52	34	29	87	32	18	Zöpfe 4—8 m lg.	
VI	Birkenthal	20	"	—	—	—	—	—	—	4	4	84	51	33	12	36	16	03	Stämme 4—12 m lg.	512
	"	"	"	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6	1	50	Zöpfe 4 u. 6 m lg.	
VII	"	59b	"	—	—	—	—	—	—	2	2	41	83	53	06	63	27	41	Stämme 4—12 m lg.	950
	"	"	"	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15	9	5[illegible]	55	14	61	Zöpfe 4—8 m lg.	
VIII	Suchau	83b	"	1	2	05	—	—	—	4	4	35	14	9	41	3	1	40	Stämme v. 8m lg. abwärts	369
	"	"	"	—	—	—	—	—	—	1	1	01	11	7	55	42	13	39	Zöpfe 4—8 m lg.	
IX	"	84a	"	—	—	—	—	—	—	1	1	43	11	6	32	6	2	65	Stämme von 6 m lg.	201
	"	"	"	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	3	68	28	8	58	Zöpfe 4—8 m lg.	
X	Seebruch	124	"	—	—	—	—	—	—	4	4	36	10	6	63	9	4	18	Stämme v. 8m lg. abwärts.	575
	"	"	"	—	—	—	—	—	—	1	1	22	30	20	72	80	28	38	Zöpfe 4—8 m lg.	
XI	"	156 a b	"	—	—	—	—	—	—	3	3	65	96	65	73	23	10	18	Stämme von 6—16 m lg.	1294
	"	"	"	—	—	—	—	—	—	1	1	06	31	20	35	151	43	49	Zöpfe 4—12 m lg.	
XII	Schönholz	86b	"	—	—	—	—	—	—	—	—	—	107	72	29	8	4	—	Stämme 6—12 m lg.	331
	"	"	"	—	—	—	1	1	66	1	1	19	2	1	14	13	4	44	Zöpfe 4—12 m lg.	
XIII	"	161	"	—	—	—	—	—	—	—	—	—	57	34	51	52	24	73	Stämme 8 u. 12 m lg.	519
XIV	Kohli	187c	"	—	—	—	—	—	—	—	—	—	23	15	24	41	16	58	Stämme 4—12 m lg.	392
	"	"	"	—	—	—	—	—	—	1	1	16	11	8	33	11	3	67	Zöpfe 4—8 m lg.	
XV	"	200	"	—	—	—	—	—	—	2	2	60	19	13	95	25	9	83	Stämme 4—12 m lg.	299
	"	"	"	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6	3	93	8	2	84	Zöpfe 4—8 m lg.	

Nach Schluß des Submissionstermins event. Verkauf von schwachem Bauholz in größeren Loosen.

Grünfelde, den 2 Februar 1887. (2207

Der Oberförster.

Firma: J. Paul Liebe — Dresden

Liebe's ächtes Malz-Extract
erhöht nach ärztlicher Erfahrung durch lösenden Einfluß **Verdaulichkeit** und **Wirkung** specifischer Stoffe. Dies kommt zur Geltung bei „Liebe's" („Liebe's ausdrücklich zu verlangen".

Chinin-Malzextract, gegen Nervenschwäche, zur Stärkung im Alter u. in d. Reconvalescenz;
Eisen-Malzextract, mild, verdaulich, d. Zähne nicht angreifend, bei Bleichsucht, Blutarmuth;
Kalk-Malzextract, unterstützt die Knochenbildung und fördert normale Entwickelung;
Pepsin-Malzextract, als Suppenzusatz; ein absolut reizloses Verdauungsmittel;
Leberthran-Malzextract, Ersatz des widerlichen reinen Leberthrans, bei Skropheln ꝛc.;
Hopfen-Malzextract, statt des reinen Extractes für Patienten, denen Süßigkeit widerstrebt.

Zu beziehen durch **jede Apotheke;** Lager in Danzig: Altstädtische, Elephanten=, Löwen=, Raths=Apotheke und Damm 4.

Gothaer Lebensversicherungsbank.
Versicher.=Bestand am 1. Januar 1887: **68 270 Pers.** mit **510 290 000 ℳ.**
Bankfonds . . . . ca. **135 800 000 ℳ.**
Versicherungssumme ausbezahlt seit Beginn . . . . ca. **174 700 000 ℳ.**
Dividende: 43 % der Jahres=Normalprämie nach dem **alten, 34** bis **125 %** der Jahres=Normalprämie nach dem **neuen „gemischten"** Vertheilungs=System. (2304

Hauptagentur Jopengasse 1.
A. Tomasczewski.



XXI. Kölner Dombau=Lotterie.
Hauptgewinne:
ℳ 75 000, 30 000, 15 000 u. s. w. nur baares Geld.
Ziehung am 10., 11., 12. März 1887.
Loose zu 3 Mark
in Partien mit Rabatt empfiehlt
B. J. Dussault, Köln,
alleiniger General=Agent. (2055

Probe=Abonnement (1/4 Quartal) **zu Mk. 1,50**
Deutsche Illustrirte Zeitung
Anerkannt vornehmstes und reichhaltiges Familienblatt.
Wöchentlich eine Nummer von 2 1/2—3 Bogen.
Zahlreiche Bilder hervorragender Künstler, Meisterwerke der Holzschneidekunst.
Romane und Novellen erster Autoren.

In erster Nummer des Probe-Abonnements beginnt der mit Spannung erwartete Roman
„Der Januskopf"
von **Hermann Heiberg.**

Probe=Abonnements zu ℳ 1,50 für die Zeit vom 15. Febr. bis 1. April bei allen Buchhandlungen sowie bei unserer Administration.
Probe=Nummern liefert jede Buchhandlung gratis sowie die
„Deutsche Illustrirte Zeitung", Berlin W., Potsdamerstraße 134 a. (2131

Einem hochgeehrten Publikum wie meinen werthgeschätzten Damen erlaube ich mir mein Atelier hiermit in Erinnerung zu bringen.
Elegante Gesellschafts=, sowie **hochelegante Ballroben** werden nach den neuesten Pariser Façons und unter meiner Leitung zu jeder beliebigen Zeit und zu billigsten Preisen stets angefertigt.
NB. Auch stelle ich elegante, sowie einfache **Trauerkleider** in kürzester Zeit fertig. Perlarbeit lasse ich unter meiner Leitung selbst ausnähen, da ich durch längere Erfahrungen gefunden habe, daß es praktischer ist. (2303
Frau **E. Lemcke,** Langgasse 69, 3. Etage.

Ich suche für mein Colonialwaaren= und Destillations=Geschäft von sofort oder später **2 Lehrlinge,** vom 1. März resp. April einen der poln. Sprache mächtigen älteren **Gehilfen.**
A. H. Claassen Nachf.,
Dirschau. (1974

Ich suche für mein Materialwaaren= und Schankgeschäft einen (2256
Lehrling.
Eintritt sofort oder pr. 1. April a. c.
J. Harder, Dirschau.

Eine
Weingroßhandlung
ersten Ranges in Norddeutschland sucht an allen besseren Plätzen Vertretung gegen Provision. (9867
Adressen mit Referenzen unter **Int. 86** an **Rudolf Mosse,** Berlin SW. erbeten.

Stellen=Gesuch.
Eine **Kindergärtnerin** 1. Classe welche auf einem **Gute** noch in Stellung ist, sucht **vom** 1. April ab, anderweitiges Engagement.
Gef. Adressen unter 1939 in der Exped. dieser Zeitung erbeten.

Für ein größeres Material= und Branntwein=Geschäft wird ein
gewandter Verkäufer,
christlicher Confession gesucht, der polnischen Sprache mächtig, im Alter von 25 bis 30 Jahren, nur solche werden berücksichtigt.
Meldungen nimmt die Exped. d. Ztg. unter Nr. 1907 entgegen.

Tüchtige Verkäuferin
suche für mein Galanterie=, Kurz=, Glas= und Porzellan=Geschäft bei hohem Gehalt.
Nur **tüchtige** Kräfte wollen sich melden und Photographie und geschäftlichen Lebenslauf beifügen.
Bartenstein Ostpr. (2032
Paul Kögler.

Für ein hiesiges Colonialwaaren=Geschäft en gros u. en detail wird ein ☞ **Lehrling** ☜ von sogleich oder vom 1. April cr. bei freier Station gesucht.
Adressen unter Nr. **2322** in der Exped. d. Ztg erbeten.

Ein gebildetes Mädchen, aus nur guter und achtbarer Familie, das in der Hauswirthschaft, sowie in Handarbeit bewandert ist, wird für eine kleine Wirthschaft bei bescheid. Ansprüchen zur Stütze der Hausfrau gesucht. Adr. mit genauer Ang. d. Verh. u 2240 in d. Exped. d. Ztg. erbeten.

Eine selbstst. Verkäuferin findet bei gut. Salair in meinem Kurz= und Weißw.=Geschäft v sogl. od. v. 1. März Stellung. **B. Blumenthal,** Danzig.

Ein junger Conditorgehilfe sucht unter bescheid. Anspr. Stellung. **Adressen unter 2162 in der Exped. dieser Zeitung erbeten.**

Eine Kindergärtnerin 1. Kl., welche auf einem Gute noch in Stellung ist, sucht v. 1. April ab anderw. Engag., Familienanschluß Hauptbed. Adr. u. 2308 in der Exped. d. Ztg erbeten.

Ein Materialist, noch in Stellung, mit Destillation, Getreide= und Saaten=Geschäft bewandert, sucht zum 1. April anderw. Engag. Adr. unter 2309 in der Exped. d. Ztg. erbeten.

Ein junges Mädchen, welches in einem Hotel die feine Küche erlernt, auch schon Stellung gehabt, und gute Zeugnisse aufzuweisen hat, sucht zum 1. April Stellung. Gef. Adressen an **A. Voß,** Alt=Schlawe p. Schlawe i./P.

Ein junger Mann (Tertianer) sucht Stellung als **Lehrling** in einem besseren Colonialwaaren=Geschäft.
Gef. Adressen unter Nr. 2320 in der Exped. d. Ztg. erbeten.

Für einen 15jähr. Schüler des Kgl. Gymnasiums, Sekundaner, wird zum 1. April cr. in guter Familie, Pension mit eigenem Zimmer gesucht. Adressen mit Preisangabe unter 4711 poste restante **Oliva.** (2268

Eine Pension für 2 Knaben von 9 und 11 Jahren wird zum ersten April d. J. gesucht
Gefl. Offerten unter Nr. 2319 in der Exped. d. Zeitung erbeten.

Hundegasse 91 ist ein Comtoir vom April zu vermiethen. Näh 1 Tr.

Ein Laden
mit großem Schaufenster, wird in der Langgasse, Langenmarkt oder Wollwebergasse von gleich oder später zu miethen gesucht. Offerten mit genauer Angabe des Preises sub M. Z. 83 an **Rudolf Mosse,** Danzig (2276

In meinem Hause, beste Lage am Markt, habe einen
großen Laden
mit 2 großen Schaufenstern und Wohnung, sehr geeignet für ein Manufacturwaaren=Geschäft, von sogleich oder später zu vermiethen.
Emil Herrmann,
Konitz. (792

In Ernstthal bei Oliva,
schöner Sommeranfenthaltsort, ist eine
herrsch. Wohnung
(5—6 große Zimmer) Nebengelaß, **Veranda, Garten** ꝛc. ganz auch getheilt, auf Wunsch auch **Pferdestall, Wagenremise, Obst= u. Gemüsegarten** für **Sommer** eventl. auch **Winter** zu vermiethen. Näheres daselbst bei Herrn **B. Weidgen** oder in Danzig, Fischmarkt 20/21, im Eisengeschäft. (747

Hundegasse 102
ist die 1. Etage, 6 Zimmer, elegantes Entree, Badeeinrichtung, große Küche und Nebengelaß vom 1. April eventl. auch später zu vermiethen.
Näheres daselbst. (1839

1. Damm Nr. 37, 1 Tr., Breitgassen=Ecke, 3 möblirte Zimmer mit u. ohne Pension sind v. gl. od. sp. z. vm., a. je. Zimmer mit Schlafst. u. Burschengel.

Menagen=Küche zum Hochmeister,
Vorst. Graben 28,
empfiehlt ihren guten und kräftigen Mittags= und Abendtisch in und außer dem Hause, vom feinsten Couvert bis zum einfachsten Bürgertisch, von 10 Uhr bis 3 Uhr, zum Preise von 20, 30, 40, 50, 60 und 75 ₰, Abendbrod zu jedem Preise von 10 ₰ an, Kaffee u. Bouillon zu jed. Tageszeit. Warme Küche v. Mgs. 9 Uhr b. Abds. 10 Uhr.

Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus.
Mittwoch, den 16. Februar 1887:
Künstler=Abend
zum Besten der Pensions=Kasse des Allgemeinen deutschen Corsänger=Verbandes, unter gefälliger Mitwirkung

der Damen:	Herren:
Frl. v. Weber,	Netty,
Frl. Forster,	Schnelle,
Frau Hellmer=Bauer,	Wickert,
Frl. Lina Bendel,	Grahl,
Frl. Sutor,	Rodmann,
Frl. v. Lengyelsty,	Brodmann,
	Selzburg,

Herr Grußendorf und Calliano.
Die Begleitung des gesanglichen Theiles haben die Herren Kapellmstr. **Weingartner** und **Salzmann** gütigst übernommen.
Programm wird später veröffentlicht.
Billets à 1 ℳ sind zu haben im Vorverkauf bei den Herren **Lau,** Musikalienhandlung, **Grentzenberg,** Conditorei, Langenmarkt, S. **& Porta,** Conditorei, **Drewitz,** Cigarrenhandlg., Kohlenmarkt, **Unrau,** Kaufm., Kohlenmarkt 6 **Das Comité.**

Oliva.
Einer Festlichkeit wegen bleibt mein Hotel Carlshof Mittwoch, d. 10. Febr., für Gäste geschlossen. (2311
D. Feyerabendt.

Kodam & Ressler, Danzig,
Maschinenlager,
Feldeisenbahnen, Locomobilen, Dreschmaschinen, sowie jede Maschine für Landwirthschaft und Industrie.
Kataloge, Kostenanschläge gratis.

Eine durch Krankheitsfalle verunglückte Familie, welche auf die Straße gesetzt ist, bittet um ein Darlehn von 120 ℳ gegen Verpfändung des Mobiliars.
Adressen unter Nr. 2296 an die Expedition dieser Zeitung erbeten.

Jedem Exemplar der heutigen Nummer unserer Zeitung liegt ein Flugblatt unter dem Titel: **„Der Kampf um's Recht"** bei, auf das wir unsere Leser ganz besonders aufmerksam machen. (2277

Druck u. Verlag v. A. W. Kafemann in Danzig.

Der Kampf ums Recht!

Leitartikel des „Berliner Tageblatt“ vom 16. Januar 1887.

Als ein Werkzeug für den Kampf mit dem Auslande wurde die Militärvorlage im Reichstage eingebracht, und nun soll sie ein Werkzeug für den inneren Kampf werden, der durch die jetzt ausgeschriebenen Neuwahlen entfesselt wird. Das Reichsheer, das als Bollwerk und Wahrzeichen nationaler Einheit allen Deutschen heilig ist, soll in den Kampf der Parteien hineingezerrt, soll zur Wahlparole herabgewürdigt werden. Indem man seine Flagge aufzieht, hofft man das verdächtige Gut, mit dem das Schiff der Reaktion bepackt ist, sicher und siegreich durch die Brandungen der Wahlbewegung hindurchzusteuern. Man hofft die Aufmerksamkeit der Wähler abzulenken von der im Reiche eingetretenen finanziellen Kalamität, vom Fiasko der Steuerreform, vom Defizit, von den Monopolen und sonstigen dem Volke verhaßten Steuerplänen. Man hofft, die Angriffe zu verschleiern, die man gegen die verfassungsmäßige Stellung des Reichstags, gegen das allgemeine Wahlrecht und gegen den ganzen bescheidenen Bestand der dem deutschen Volke vergönnten Freiheiten im Schilde führt.

All das und noch viel mehr gedenkt man zu erreichen, indem man nicht etwa an das gesunde Nationalgefühl, sondern an einen krankhaft überreizten Chauvinismus appellirt, der sofort lostobt, wenn man ihm ein Fahnentuch vor die Augen hält, und der aus Mangel an äußeren Feinden seine Kampfeswuth an den angeblichen inneren Feinden zu kühlen sucht. Ist unser gutes deutsches Volk wirklich bereits so sehr von jener französischen Krankheit angesteckt, auf die es seither mit gerechtem Bedauern blickte und vor der unsere besten Männer, der deutsche Kronprinz voran, stets eindringlich gewarnt haben? Die gouvernementalen Wahlmacher scheinen es anzunehmen und ihren Feldzugsplan darauf zu bauen. Wir aber denken besser vom deutschen Volke, das den Fahnenschwenkern und Hurrahschreiern schon zeigen wird, wie eine reife Nation den Versuch zurückweist, ihr unter frivolen Vorwänden ihre Rechte und ihre Würde wegzueskamotiren.

Was gehört denn auch dazu, die wahren Gründe und Ziele dieses Wahlkampfes zu durchschauen, nachdem man uns deutlich genug herausgesagt hat, daß es dem Reichstag an Kopf und Kragen gehen soll? Dieser Reichstag, der die Getreide- und Holzzölle abermals in die Höhe geschraubt, die Gewerbeordnung immer mehr durchlöchert, das Sozialistengesetz verlängert und noch viele andere Proben guter Gesinnung abgelegt, auch er ist noch immer zu freisinnig, zu unabhängig; denn freilich, so weit vermochte er die Gefügigkeit doch nicht zu treiben, daß er auch das Branntweinmonopol hinunterschluckte. Anstatt nun aber den Reichstag wegen der Ablehnung jener Vorlage aufzulösen, wartete man, bis eine bequemere Parole sich darbieten würde, die man nun gefunden zu haben glaubt.

Die Militärvorlage ist die Kulisse, die das Monopol und die ganze übrige Bescheerung verdeckt. Aber sie ist doch gar zu dünn beschaffen, als daß nicht Jeder, der sehen will, durch sie hindurchschauen könnte. Der Kampf, in den wir eintreten, ist zu ernst, als daß nicht Jedermann an der vollen Klarheit und Wahrheit gelegen sein müßte. Und daß trotz aller offiziösen Verdunkelungen und Vertuschungen der Wahrheit ihr Recht werde, dafür wird vor Allem die unabhängige Presse nach Kräften sorgen. Fürst Bismarck giebt sich zwar manchmal den Anschein, als ob er von der Macht der Presse nicht viel halte. Diejenige Sorte von Journalistik, die er in seiner nächsten Nähe beobachten kann, ist freilich nicht geeignet, ihm besonderen Respekt einzuflößen, und den unabhängigen Preßstimmen des In- und Auslandes, die sich gegen ihn äußern, kann er natürlich keinen Geschmack abgewinnen. Um so mehr legt er auf solche Gewicht, die sein Lob verkünden. Das sind dann klassische Zeugnisse, und mögen sie selbst aus Utah und noch weiter herbeigeholt sein. Und die Opfer, die für diesen Zweck aus dem Reptilienfonds gebracht werden, die Speisung einer Unzahl von Kreisblättern mit gutgesinnten Artikeln, die dann, indem sie sich als unabhängige Stimmen ausgeben, nach Berlin und in die Regierungspresse zurückströmen — beweist das nicht Alles, daß man sich denn doch genöthigt sieht, der öffentlichen Meinung wenigstens einen scheinbaren Tribut zu zollen?

Sollte Fürst Bismarck aber noch darüber im Zweifel sein, daß die Presse eine Macht ist, so wird ihm im jetzigen Wahlkampfe ein helles Licht darüber aufgesteckt werden. Denn die Presse ist es, die jetzt für die Volksrechte in die Bresche zu treten hat, nachdem man den Reichstag den Mund verschlossen. Sie wird dieses Amtes treu und unerschrocken walten, wie sehr man auch bestrebt sein mag, ihr den schmalen Pfad, den Gesetze und Gerichte ihr anweisen, noch mehr zu verengen und zu erschweren. Schulter an Schulter mit den Führern wird sie den Kämpfern voranschreiten und die Waffen schmieden helfen, bis der Tag der Entscheidung naht. Dann freilich kommt das Schwerste und Wichtigste; denn die Waffen zu gebrauchen und die entscheidenden Schläge zu führen, wird Sache der Wähler sein. Sie allein tragen mit der Stimme, die sie in die Urne legen, das Schicksal des Vaterlandes in der Hand.

Man sagt uns zwar, daß die Regierung ihren Willen doch durchsetzen werde, wie die Wahlen auch ausfallen mögen. Allein durch solche Drohung wird sich kein Mann beirren lassen, der das Herz auf dem rechten Fleck hat. Der tapfere Mann thut eben unter allen Umständen seine Pflicht, und das Uebrige wird sich finden. Fürst Bismarck ist ja auch gar nicht so harthörig gegen die Stimme des Volkes, wenn sie ihm nur mit der nöthigen Energie und Festigkeit gegenübertritt. Auch im Beginne des Kulturkampfes sind gegen Rom und das Centrum sehr große und stolze Worte gefallen, und wie schnell sind sie dann in Vergessenheit gerathen! Wie kleinlaut hat man den Weg nach Kanossa eingeschlagen, den man nie zu betreten gelobt hatte! Wie nachgiebig hat man eine Position nach der anderen geräumt, bis man jetzt endlich vor der vollständigen Kapitulation angelangt ist! Das neue Kirchengesetz, das die Thronrede soeben für den preußischen Landtag ankündigt, und das wohl den taktischen Zweck verfolgt, die Stellung der Regierung im Wahlkampfe zu stärken, sollte uns vielmehr als ein ermunterndes Zeichen gelten. Es beweist aufs Neue, daß auch ein Fürst Bismarck nicht unüberwindlich ist, daß auch der Starke muthig einen Schritt zurückweicht, wenn er sich einem entschlossenen Willen gegenübersieht.

Und was dem Centrum im Kampfe für eine zweifelhafte Sache, für eine zum Theil überwundene Weltanschauung gelungen ist, das sollte dem freien Bürgerthum nicht gelingen, wenn es für sein gutes Recht den Streit aufnimmt? Denn ein **Kampf ums Recht ist es, den man uns aufgedrängt hat.** Darüber täusche sich doch Niemand, daß, wenn die Wahlen zu Gunsten der Reaktion ausfallen, das allgemeine Wahlrecht als erstes Opfer dahinsinken wird. Daß die Regierung und die Konservativen diesem Grundrecht des deutschen Volkes je eher je lieber ein Ende machen wollen, wissen wir, und die Nationalliberalen werden sich eine Ehre daraus machen, als Todtengräber zu fungiren. Bedroht ist, wie wir gleichfalls wissen, das Budgetrecht des Reichstags, seine alljährliche Einberufung und Etatsberathung, seine Existenz selbst; denn er soll durch eine ständisch gegliederte Interessenvertretung ersetzt werden, wie sie schon längst dem Reichskanzler und den Konservativen als Ideal vorschwebt. Bedroht ist die Redefreiheit der Abgeordneten, die Preßfreiheit oder das, was man bei uns so nennt, kurz Alles, was Freiheit gewährt und verbürgt, ist in Frage gestellt und gefährdet, wenn erst der Grundpfeiler des allgemeinen Wahlrechts niedergelegt ist.

Aber noch steht der Pfeiler aufrecht. Noch ragt über uns das Palladium der Verfassung, an dem man sich nicht zu vergreifen wagt, so lange das Volk es nicht selbst preisgegeben hat. In den bevorstehenden Wahlen, so hofft man, soll es diese Preisgebung aussprechen. Das allgemeine Wahlrecht soll selbst dazu dienen, das allgemeine Wahlrecht zu vernichten. Das Volk soll selbst seine Abdankungsurkunde unterschreiben. Es soll sich für unmündig erklären, für unwürdig seiner Rechte und Freiheiten, für unfähig, sich durch eine Volksvertretung nach seinem Willen an der Leitung seiner Geschicke zu betheiligen. Wenn das deutsche Volk das thäte, dann würde es sich freilich ein Zeugniß der Reife ausstellen — der Reife für die Diktatur, jener Reife, die das französische Volk zweimal in furchtbare Katastrophen gestürzt hat.

Wir aber sind Deutsche und wollen es bleiben; wir haben durchaus nicht das Verlangen, französischen Zuständen entgegenzutreiben. In Treue zu Kaiser und Reich, in Liebe zu unserem Vaterlande, in unwandelbarem Vertrauen auf die Entwickelungsfähigkeit unserer nationalen Einrichtungen wollen wir nur das kleine Maß von Rechten uns wahren, das uns verfassungsmäßig verbrieft ist und ohne welches ein gebildetes und freies Volk nicht zu athmen vermag. In Frieden wollen wir uns den friedlichen Aufgaben weihen, die dem deutschen Volke gestellt sind und von denen die Offiziösen uns durch Säbelgerassel und Konfliktsgebrüll abzuziehen suchen. Der ewigen Unruhe, in die man uns durch immer neue, plötzlich wechselnde grundstürzende Pläne versetzt, sind wir müde. Wir sehnen uns nach einer ruhigen, stetigen und geordneten Entwickelung, nach einem frohen und gedeihlichen Zusammenwirken von Krone und Volk, von Regierung und Parlament.

Zur Erfüllung dieser Sehnsucht, die immer tiefer alle Kreise unserer Nation durchdringt, können wir aber nicht gelangen ohne den schweren Kampf, den wir jetzt durchzukämpfen haben. Durch Kampf zum Sieg, durch Sieg zum Frieden! Um solchen Preis zu ringen, verlohnt es schon der Mühe. Wohlan denn, frisch hinein in den Kampf ums Recht, und nicht eher wieder heraus, bis wir das leuchtende Ziel erreicht haben!

Was der Wähler vor und bei der Reichstagswahl zu thun hat.

A. d. Wahlflugblatt d. „Deutschen Reichs-Blatt“ v. 22. Jan. 1887.

Die Neuwahlen zum Reichstag sind auf **den 21. Februar** ausgeschrieben. Der neue Reichstag wird nicht blos über die Militärfrage zu beschließen haben, sondern er wird ebenso, wie jeder andere Reichstag, **drei Jahre hindurch alle der Volksvertretung obliegenden Pflichten zu erfüllen** haben. Ohne Zweifel wird er auch mit **Zoll- und Steuerfragen** befaßt werden, und wenn er eine dafür günstige Mehrheit aufweist, werden Vorlagen über das Branntwein- und Tabaksmonopol nicht fehlen.

Ebenso liegt es nahe, daß man in solchem Falle auch die früheren, gegen wichtige Verfassungsbestimmungen und namentlich gegen das Wahlrecht gerichteten Pläne wieder aufnehmen wird. Es ist darum von der höchsten Bedeutung, daß der Reichstag eine Zusammensetzung erhält, welche das Zustandekommen solcher Dinge verhindert.

Die Freunde von Tabaks- und Branntweinmonopolen, die Gegner der Volksfreiheiten werden sich aber nach Kräften bemühen, die Wahlen in ihrem Sinne zu beeinflussen. An Mitteln dazu fehlt es ihnen nicht. Sie sind im Besitze der Macht und nicht blöde darin, dieselbe auszunutzen.

Manche Wähler sind über die geltenden Bestimmungen nicht genügend unterrichtet und versäumen deshalb, ihr Recht geltend zu machen, oder lassen sich beeinflussen, in der Meinung, daß sie verpflichtet seien, den Willen desjenigen zu thun, der auf sie einzuwirken versucht.

Wir geben deshalb nachstehend eine **Darstellung dieser Bestimmungen.**

Die Verfassung bestimmt in Artikel 20:

„Der Reichstag geht aus **allgemeinen und direkten** Wahlen mit **geheimer** Abstimmung hervor.“

Nach dem Wahlgesetze ist Wähler **für den Reichstag** jeder Deutsche, welcher das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat, in dem Bundesstaate, wo er seinen Wohnsitz hat. Personen des Soldatenstandes, des Heeres und der Marine dürfen so lange nicht wählen, als sie sich bei der Fahne befinden. Von der Berechtigung zum Wählen sind ausgeschlossen Personen, welche unter Vormundschaft oder Kuratel stehen, Personen, welche Bankerott gemacht haben, so lange das Konkursverfahren dauert, Personen, welche eine Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindemitteln beziehen oder im letzten der Wahl vorhergegangenen Jahre bezogen haben, Personen, welchen die staatsbürgerlichen Rechte entzogen sind, für die Zeit, daß diese Entziehung dauert.

Die Wahlen finden auf Grund von Verzeichnissen der Wähler statt. Die Verzeichnisse müssen vier Wochen vor der Wahl ausgelegt werden, und nur diejenigen, welche in diese Listen eingetragen sind, werden zur Wahl zugelassen. Wer wahlberechtigt, aber nicht in die Listen eingetragen ist, **muß seine nachträgliche Eintragung bewirken. Dies muß er aber thun, während der ersten acht Tage, nachdem die Listen ausgelegt sind.** Die Auslegung wird bei der diesjährigen Wahl **am 24. Januar** beginnen, **die Frist läuft also am 31. Januar ab.**

Die Einsprache ist bei der Behörde anzubringen, welche die **Bekanntmachung über die Auslegung der Listen erlassen hat, also beim Gemeindevorstand,** und wenn derselbe für die Wahl eine Kommission oder Kommissare eingesetzt hat, bei diesen.

Kein Wähler darf dieses Mal versäumen, sich davon zu überzeugen, ob sein Name in der Liste steht; denn die Aufstellung derselben hat so beeilt werden müssen, daß wahrscheinlich sich eine große Anzahl von Fehlern darin befindet. Namentlich haben diejenigen, welche seit **dem Jahre 1884 ihren Wohnsitz verändert haben,** sich zu überzeugen, ob sie an ihrem neuen Wohnsitze in die Listen eingetragen sind.

Die Wahlen sind **frei. Niemand** ist verpflichtet, anders zu wählen, als nach seiner eigenen freien Ueberzeugung. Deshalb soll die Wahl auch eine **geheime** sein, d. h. Niemand soll wissen, wie ein anderer gewählt hat. **Die Wahl erfolgt deshalb durch Abgabe verschlossener Stimmzettel.**

Niemand ist berechtigt, von einem anderen zu verlangen, daß er anders wählt, als so, wie er selbst es für gut hält. Jeder Wähler muß sich selbst ein Urtheil darüber bilden, wie er zu wählen hat. Dies ist nicht blos sein Recht, sondern seine **heiligste Pflicht,** denn von seiner Wahl hängt es mit ab, **wie das** deutsche Volk im Reichstage vertreten ist, und **wie** die **Gesetze,** welche ohne Zustimmung des Reichstages nicht erlassen werden können, beschaffen sein werden.

Mit Gefängniß nicht unter sechs Monaten oder Festungshaft bis zu fünf Jahren wird derjenige bestraft, welcher einen Deutschen durch Gewalt oder durch Bedrohung mit einer strafbaren Handlung verhindert, in Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte zu wählen oder zu stimmen.

Mit Gefängniß von einem Monat **bis zu zwei** Jahren und unter Umständen mit Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte wird Derjenige bestraft, welcher eine Wahlstimme kauft oder verkauft.

Niemand braucht sich einem Vorgesetzten oder einem Arbeitgeber zu fügen, wenn dieser von ihm fordert, daß er anders als seiner Ueberzeugung gemäß stimme, und Derjenige, welcher von der Macht, die er über **Andere besitzt, zu solchem Zwecke Gebrauch macht,** handelt nicht ehrenhaft.

Auch die **Beamten** sind ebenso **frei** in ihrer Abstimmung wie jeder andere. In dem Erlasse des Kaisers und Königs vom 4. Januar 1882 über die Wahlen heißt es ausdrücklich: „Mir liegt es fern, die Freiheit der Wahlen zu beeinträchtigen“, und der Fürst Bismarck hat in seiner Rede am 24. Januar im Reichstage ausdrücklich ausgesprochen, daß die Ausübung des Wahlrechts der Beamten vollkommen frei ist. Der Beamte braucht sich deshalb keinerlei Befehlen seiner Vorgesetzten bezüglich seiner Wahl zu fügen. Er ist namentlich nicht verpflichtet, einen anderen Wahlzettel abzugeben, als einen solchen, welcher seiner eigenen Ueberzeugung entspricht. Er braucht sich **keinerlei Kontrole** bei der Wahl zu unterwerfen und **keinerlei Rechenschaft darüber abzugeben, wie er gewählt hat.**

Ebensowenig ist ein **Arbeitgeber berechtigt,** von seinen **Arbeitern** zu verlangen, daß sie so wählen, wie er es für Recht hält. Es könnte freilich wieder, wie es bei früheren Wahlen vielfach geschehen ist, versucht werden, eine Kontrole über die Wahl dadurch zu üben, daß Untergebenen und Arbeitern Stimmzettel gegeben werden, welche sich durch Größe, Farbe oder dergl. von anderen Stimmzetteln unterscheiden, so daß Aufpasser in den Wahllokalen im Stande sind, bei der Abgabe des Zettels zu sehen, ob es derselbe ist, welcher dem Wähler gegeben ist. **Dies ist unzulässig.** Die Stimmzettel dürfen **keinerlei besonderes Kennzeichen tragen.** Niemand ist berechtigt von dem Wähler zu verlangen, daß er ihm den Stimmzettel vor der Abgabe zeigt, und der Wahlvorsteher, welchem der Wahlzettel übergeben wird, darf denselben nicht öffnen. Die Arbeiter brauchen sich auch nicht gefallen zu lassen, daß sie bei der Wahl von Arbeitgebern oder Aufsehern kontrolirt werden. An manchen Orten soll es vorgekommen sein, daß die Arbeiter nicht blos von Aufsehern nach dem Wahllokal geführt sind, sondern daß man auch von ihnen verlangt hat, den ihnen übergebenen Stimmzettel mit erhobenem Arm zu tragen, den sie nicht herunternehmen durften, bevor sie den Zettel an der Wahlurne abgaben, damit nicht heimlich eine Vertauschung des Zettels gegen einen anderen stattfinden konnte. Solches Verfahren ist **unzulässig;** Niemand braucht sich dem zu fügen, und derjenige, welcher sie anwendet, handelt nicht, wie es einem ehrenhaften Manne geziemt.

Jeder Wähler, der in einem abhängigen Verhältnisse steht, hat auch das Recht zu verlangen, daß **ihm an dem Wahltage Zeit gelassen werde, sein Wahlrecht auszuüben.** Dazu bedarf es übrigens nur geringer Zeit; denn er hat nichts weiter zu thun, als in der Zeit von 10 Uhr Vormittags bis 6 Uhr Nachmittags nach dem Wahllokal hinzugehen, dort an die Urne zu treten und, nachdem er seinen Namen angegeben hat, den Zettel an den Wahlvorsteher abzugeben. Wenn das Wahllokal nicht zu entfernt ist, so kann dieses Geschäft recht wohl in einer Mittagspause besorgt werden. Jeder muß aber selbst zur Wahlurne gehen, und es ist nicht zulässig, daß irgend ein Anderer den Zettel für ihn hinträgt.

Vor Allem sehe jeder Wähler in der Zeit vom 24. Januar bis zum 31. Januar nach, ob er in der Liste steht!

Partei-Freunde, welche die Verbreitung dieses Flugblattes in weitere Volkskreise im Interesse des Freisinns übernehmen wollen, erhalten eine beliebige Anzahl desselben unentgeltlich durch die Buchdruckerei des „Berliner Tageblatt“ (Rudolf Mosse), Berlin SW.

Weshalb ist der Reichstag aufgelöst?

Aus dem Wahlflugblatt des „Deutschen Reichs-Blatt" vom 22. Januar 1887.

Solch ein unberechtigtes Geschrei und Gezeter über die Mehrheit des von dem deutschen Volke gewählten Reichstags haben wir wohl kaum erlebt, wie in diesen Tagen. Indeß wer da glaubt, aus konservativen und sogenannten „nationalen" Blättern darüber das Rechte zu erfahren, der irrt sich.

Aber die Stimme der Wahrheit wird und muß sich doch Bahn brechen durch all dieses wüste Geschrei! Dieses kleine Blatt, dem deutschen Wähler gewidmet, soll ihm schlicht und einfach die Thatsachen, wie sie sich zugetragen haben, schildern. **Wer hören will, der höre!**

„Wehrlos?"

Wehrlos soll die Mehrheit des Reichstages das Vaterland gemacht haben? Daß dies geschehen, rufen die Gegner in alle Weltgegenden hinaus, und sie wollen, daß das Volk ihnen das aufs Wort glauben solle. In einem Extrablatt eines Provinzial-Wochenblattes steht in fetter Schrift folgendes Telegramm: „Der Reichstag lehnte die Militärvorlage ab. Der Reichstag wurde aufgelöst." Dieses Telegramm ist **vollständig unwahr, und nur erfunden, um niedrige Gemüther in den Provinzen irre zu führen und zu fangen.**

Der Reichstag hat am 14. Januar in seiner Mehrheit **die ganze von der Regierung geforderte Erhöhung der Friedensstärke um 41000 Mann für 3 Jahre bewilligt**, und als er eben daran gehen wollte, auch die von der Regierung verlangten **neuen 34 Bataillone und 24 Batterien für die Dauer zu bewilligen**, da wurde er durch die Auflösung an der Weiterberathung der Militärvorlage gehindert. Es ist eine dreiste Entstellung der Thatsachen, wenn die Gegner sagen: Der Reichstag habe die Militärvorlage abgelehnt und das Vaterland wehrlos gemacht.

Auch die in früheren Zeiten fortschrittliche „National-Zeitung", die noch im Jahre 1884 bei der Bildung der freisinnigen Partei zustimmte, jetzt aber an Gehässigkeit gegen die Freisinnigen Alles überbietet, entblödet sich nicht, es für „unwahr" zu erklären, daß eine Mehrheit Alles auf 3 Jahre bewilligt hätte; denn in dritter Lesung des Gesetzes — so meint das edle Blatt — wäre doch durch Polen, Welfen und Sozialdemokraten Alles zu Fall gebracht worden.

Wirklich? Was in dritter Lesung geschehen wäre, darüber sind die Meinungen sehr verschieden. Die „National-Zeitung" scheint darüber **gar nichts zu wissen**. Die strengkonservative „Kreuzzeitung" erklärte sich vor wenigen Tagen gegen die Auflösung während der zweiten Lesung der Militärvorlage, „weil sie die Hoffnung auf die Annahme des Septennats, d. i. also Bewilligung der ganzen Regierungsforderung auf 7 Jahre **nicht ganz aufgeben möchte**." Sie war also ganz anderer Meinung als die jetzt wahlverwandte „National-Zeitung".

Weshalb hat denn die Regierung nicht 2 bis 3 Tage bis zur Erledigung der dritten Lesung gewartet? Weshalb hat sie den Reichstag durch die Auflösung während der zweiten Lesung daran gehindert, einen endgiltigen Beschluß zu fassen, wie ihn die auf Grund der Verfassung erlassene Geschäftsordnung vorschreibt?

Es ist eine Thatsache, und diese Thatsache kann die ganze reaktionäre Gesellschaft, wenn sie sich noch so sehr verbrüdert, nicht aus der Welt schaffen:

der Reichstag hat am 14. Januar mit 183 gegen 154 Stimmen die volle von der Regierung geforderte Erhöhung der Friedensstärke des Heeres um 41000 Mann für 3 Jahre bedingungslos bewilligt.

Hätten die Konservativen und Nationalliberalen diesem Beschlusse zugestimmt, so hätte **fast der ganze Reichstag einmüthig** jeden Mann und jeden Groschen der Regierung zur Verfügung gestellt, und das hätte im Auslande, von dem man jetzt immer soviel spricht, besser gewirkt, als die Auflösung des Reichstags.

Die Erhöhung an Mannschaft und Geld

welche die Regierung verlangte, war die größte, welche bis jetzt jemals gefordert ist. Als sie bekannt wurde, waren auch konservative und nationalliberale Blätter von der Forderung überrascht und sie meinten, man würde sich mit der Regierung über eine Ermäßigung verständigen können. 34 Bataillone, 24 Batterien, 41000 Mann und 23 Millionen Mark im laufenden Militäretat **jährlich mehr** — das ist doch wahrlich keine Kleinigkeit bei den heutigen schlechten Zeiten, unter denen besonders der kleine Mann leidet. Es war Pflicht der Volksvertretung, zu prüfen, ob nicht irgendwo wenigstens eine kleine Erleichterung von der Regierung dagegen gewährt werden könne, namentlich durch eine geringe Herabsetzung der Dienstzeit, ohne daß dadurch die Tüchtigkeit des Heeres irgendwie geschädigt würde.

Eine solche Verkürzung der Dienstzeit wünscht die **große Mehrheit des Volkes seit lange**, und daß dieser Wunsch berechtigt ist, das haben auch konservative und nationalliberale Blätter zugegeben, sogar das konservative militärische Fachblatt, die „Deutsche Heereszeitung."

Aber als die Vertreter der Mehrheit in der Kommission darüber und über den Inhalt der Vorlage mit der Regierung verhandelten, da ging bei den Konservativen und Nationalliberalen das Gezeter über die „Verschleppung" der Vorlage los. Wozu denn so lange prüfen? — sagte man. Wenn Bismarck und Moltke das verlangen, wird's schon richtig sein, dann muß es auch genau so bewilligt werden, wie sie es wollen. Allen Respekt vor Moltke und Bismarck! Aber die Abgeordneten des Volkes sind doch nun einmal nach der Verfassung dazu da, daß sie auch in Militärfragen, welche am meisten Geld kosten, die Meinung des Volkes zur Geltung bringen. Manche Leute aber thun gerade so, als wenn unsere Abgeordneten nichts weiter zu thun hätten, als neue Steuern zu beschließen. Wäre dem so, dann könnten wir uns das Wählen besser sparen.

Die Gegner der Reichstagsmehrheit reden so viel davon, daß das Ausland: die Franzosen, die Oesterreicher, die Italiener u. s. w. das, was das Heer dort braucht, viel schneller und leichter bewilligen. Das ist nicht wahr. Das neue französische Militärgesetz des General Boulanger wird in dem französischen Parlament schon seit sechs Monaten berathen, und es ist noch nichts fertig gestellt. Deutschland ist mit der Neubewaffnung der Armee so ziemlich fertig, es ist allen anderen Staaten voran. Der Reichstag hat schon seit Jahren die erforderlichen Mittel dazu ganz geräuschlos bewilligt.

Und das that dieser viel geschmähte, vor dem Inlande und Auslande herabgesetzte Reichstag!

Hat er denn nicht auch bisher Alles bewilligt, was für die Kriegsstärke und Schlagfertigkeit unseres Heeres, das ein von der ganzen Nation getragenes und hochgehaltenes Volksheer im wahren Sinne des Wortes sein und bleiben soll, nothwendig ist? Seit verhältnißmäßig wenigen Jahren hat er allein für die laufenden Ausgaben des Heeres **50 Millionen Mark mehr** gewährt und gleichzeitig für die Marine mehr als je zuvor!

Und was hat er jetzt gethan? Trotz schwerer Bedenken gegen die bedeutende Steigerung der Last, trotz der berechtigten Wünsche des Volkes auf Abkürzung der Dienstzeit hat er, als die Regierung sich zu keinem Zugeständniß bewegen ließ, so viel Selbstverleugnung gehabt, daß er schließlich alle neuen Bataillone für die Dauer und die ganze erhöhte Friedensstärke auf drei Jahre zu bewilligen bereit war. Er hat nichts Anderes verlangt, als daß der nächste Reichstag nach drei Jahren wieder prüfen sollte, ob dann die europäischen Verhältnisse es gestatten würden, daß an irgend einem Punkte eine kleine Erleichterung eintreten könnte.

Würde sich dann bei der Prüfung herausstellen, daß eine solche Erleichterung nicht möglich wäre, dann würde der Reichstag selbstverständlich ebenso, wie der jetzige, bereit sein, das Nöthige zu gewähren.

Eine solche Prüfung aber dem Reichstage vorzubehalten, war um so mehr nöthig, als man jetzt noch gar nicht weiß, wie die 23 bis 30 Millionen, welche die neue Militärvorlage jährlich kostet, gedeckt werden sollen.

Aber selbst in dem Punkte der Zeitdauer will die Regierung nicht das Geringste von ihrem Vorschlag ablassen, sie verlangt die erhöhte Friedensstärke für die Dauer von 7 Jahren, und nur wegen dieser Frage ist die Militärvorlage vor die Wähler gebracht.

Daß gerade deswegen ein Streit entbrennen würde, hatte bis vor wenigen Wochen wohl Niemand erwartet.

Fast überall, auch in der streng konservativen Presse, wurde das als eine mehr oder weniger gleichgiltige Sache angesehen, um welche sich weder die Regierung noch die Wähler besonders erhitzen würden. Allen denen, die sich jetzt so geberden, als ob die ganze Zukunft des Reichs davon abhänge, daß die Friedenspräsenzstärke für 7 Jahre festgestellt werde, wollen wir einmal folgende Aussprüche konservativer und nationalliberaler Blätter in Erinnerung bringen:

Das offizielle Organ der deutschkonservativen Partei, die „Konservative Korrespondenz", schrieb am 20. November, „sie vermöge schlechterdings nicht einzusehen, welchen prinzipiellen oder selbst auch nur erheblichen praktischen Unterschied es macht, ob die Regierung alle drei oder alle sieben Jahre mit dem Parlament über unsere Heereseinrichtungen zu feilschen genöthigt ist." Und weiter bemerkte die „Konservative Korrespondenz": „Man glaubt hier anscheinend eine aussichtsvolle Wahlkampagne auf die Frage der Erneuerung des Septennats gründen zu können. Um eine solche reine Zweckmäßigkeitsfrage — denn das ist der Streit um einen dreijährigen oder fünfjährigen oder siebenjährigen Turnus — wird sich aber nach unserer innersten Ueberzeugung auch nicht ein Finger im Volke rühren oder irgendwo ein Pulsschlag in ein schnelleres Tempo gerathen."

Die „Kreuzzeitung" — das Organ der äußersten rechten Seite der Konservativen erklärte sich für dauernde Bewilligung der Friedensstärke. Eine bestimmte Zahl von Jahren zu nehmen, sei unzweckmäßig, denn es sei „unmöglich, irgend jemand für die Frage zu begeistern, ob die Heeresstärke auf sieben Jahre festgesetzt werde, oder nur auf drei."

Weit entfernt, die Annahme der Vorlage zu verlangen, forderte die ganz ins Regierungslager übergegangene „Kölnische Zeitung" am 29. November den Reichstag auf, sich mit der Regierung „über das knappste Maß des Nothwendigen, nach Höhe und Dauer, ohne viel Aufhebens in der Oeffentlichkeit zu machen, also zweckmäßiger Weise in der Kommissionsberathung zu verständigen", damit „dann das unumgänglich Nothwendige mit eindrucksvoller Mehrheit bewilligt werde." Am 24. November hatte dasselbe Organ geschrieben: „Wenn die Gegnerschaft gegen die Armeeforderungen sich nicht auf die Heeresziffer bezieht, sondern auf die siebenjährige Bewilligungszeit beschränkt, hier droht keine ernste Gefahr."

Die nationalliberale „Magdeburger Ztg." schrieb: „Ob für sieben oder, wie neuerdings von konservativer Seite empfohlen wurde, für fünf Jahre, oder, wie die Deutschfreisinnigen empfehlen, für drei Jahre der Heeresetat bewilligt wird, berührt die Sicherheit des Reiches ebenso wenig, wie der Umstand, daß andere Etats jährlich bewilligt werden, die Stetigkeit der Verwaltung in Frage stellt."

Auch der strengkonservative, Herrn Stöcker nahestehende „Reichsbote" schrieb:

„Diese Festsetzungen der Stärke der Armee auf bestimmte Zeit haben gar keinen Nutzen, weder für das steuerzahlende Volk, noch für die Armee, denn die Armee wird deshalb um keinen Pfennig billiger, wohl aber ist sie als fortdauerndes demokratisches Agitationsmittel von höchster Bedenklichkeit. Da wäre es vielleicht noch besser, die Feststellung der Präsenzstärke bei jedem Jahresetat vorzunehmen; denn dann würde die Agitation eher ermüden und nicht mehr den Eindruck machen, als wenn sie alle sieben Jahre die Sache zu einer großen politischen Frage aufbauschen kann."

Also selbst das Stöckersche Blatt hielt, ganz wie die Freisinnigen, die einjährige Bewilligung für besser, als die siebenjährige. Dabei würde sich auch die Militärverwaltung besser stehen, als jetzt.

„Ein fester Kompromiß"

soll die siebenjährige Bewilligung sein, an dem die Regierung festhalten muß — so sagen die Gegner.

Festhalten? Wenn die Regierung daran festhalten wollte, weshalb verlangt sie denn schon jetzt eine neue Feststellung, während doch das jetzige Septennat erst am 1. April 1888 abläuft?

Es wird eben nicht an den 7 Jahren festgehalten. Thatsächlich haben wir noch niemals ein Septennat gehabt. 1867 wurde die Friedensstärke auf 4, 1871 auf 3, 1874 auf 6¼ Jahre festgestellt und jetzt soll sie wieder schon nach 6 Jahren geändert werden.

1884 hat man uns gesagt, daß die Regierung damals ein großes Zugeständniß gemacht hätte, als sie auf die siebenjährige Bewilligung, das Septennat, statt der dauernden Bewilligung einging. Jetzt hat der Herr Reichskanzler erklärt, daß er auf eine Feststellung der Friedensstärke für die Dauer nie eingehen würde, weil dadurch das Recht des Kaisers eingeschränkt werde, eine Erhöhung der Friedensstärke zu verlangen. Würde denn aber durch die siebenjährige Bewilligung dieses Recht nicht auch mehr eingeschränkt als nöthig? Weshalb denn gerade 7 Jahre und nicht 3? „Bestehendes Staatsrecht" ist das Septennat nicht. Nach der Verfassung soll die Friedensstärke im Wege der Gesetzgebung festgestellt werden, also ganz auf Grund freier Vereinbarung zwischen Bundesrath und Reichstag im Etatsgesetz oder in einem anderen Gesetz.

Die Sache soll nicht zu oft vor die Wähler kommen! — so sagen die Gegner; das giebt zu viel Aufregung. Nun, wer bringt denn die Sache jetzt vor die Wähler? Ist es der Reichstag oder die Regierung? Und hätte denn die Militärvorlage irgend welche Aufregung gegeben, wenn die Konservativen und die Nationalliberalen den Reichstag, dessen Kommission die Hauptsachen in wenigen Sitzungen erledigt hat, nicht in so ganz ungerechtfertigter Weise angegriffen hätten?

Am allerwunderbarsten ist aber die Parole, daß es sich um die Frage handelt:

kaiserliches Heer oder Parlamentsheer!

Schon im Reichstage hat zwei Tage vor der Auflösung der Herr Reichskanzler erklärt, daß die Auflösung nicht erfolge wegen der Zeitfrage, sondern wegen der Prinzipienfrage, „ob das deutsche Reich durch ein kaiserliches oder durch ein Parlamentsheer geschützt werden soll." Ein Parlamentsheer aber würde die deutsche Armee werden, wenn man die Friedensstärke von den wechselnden Majoritäten und den Beschlüssen des Parlaments abhängig machen wollte.

Diesen Ausspruch werden die deutschen Wähler gewiß mit großer Verwunderung gehört haben. Ist denn die deutsche Armee weniger von dem Parlament abhängig, wenn der Reichstag alle sieben Jahre über den Friedensstand beschließt? Was macht denn dies für einen prinzipiellen Unterschied, ob dreijähriges Parlamentsheer oder siebenjähriges Parlamentsheer? Das ist gewiß ganz gleich.

Aber noch mehr. So lange Preußen eine Verfassung hat, ist die Friedensstärke des Heeres alljährlich in dem Etat festgestellt! Wäre das richtig, was der Reichskanzler sagt, dann wären die Schlachten von 1864 und 1866 nicht durch ein königlich preußisches, sondern durch ein preußisches Parlamentsheer geschlagen. Wenn in Preußen die Friedensstärke jährlich im Etat festgestellt worden ist, sollte Deutschlands Sicherheit es nicht vertragen, wenn der Reichstag alle 3 Jahre dieselbe mit der Regierung vereinbart, zumal da die Organisation des Heeres und die Dienstzeit für die Dauer durch Gesetze festgestellt sind?

Noch mehr! Die kaiserliche Marine wird in ihrer ganzen Organisation und in ihrer ganzen Stärke in jedem Jahre durch den Etat festgestellt. Ist sie deshalb eine Parlamentsmarine? Hat nicht der Reichstag in jedem Jahre, ohne viel Geräusch davon zu machen, alles bewilligt, was die Marine braucht?

Und noch mehr. Die technischen Truppen, Pioniere, Train, Eisenbahnkompagnieen, ja auch der Generalstab, die Kadettenkorps u. s. w. werden alljährlich im Etat festgesetzt. Sind sie darum Parlamentstruppen und ist daraus jemals ein Schaden für das deutsche Volk erwachsen?

Ob man zu dem Volk das Vertrauen habe,

daß es nicht so thöricht sein werde, das zum Schutz des Vaterlandes nothwendige starke Heer zu schwächen, das ist die Frage, nichts anderes. Wenn man aber der Meinung ist, daß das Volk so verblendet sein könnte, daß es an den Grundfesten seiner eigenen Sicherheit rütteln wolle, dann darf man dem Volke auch nicht alle 7 Jahre die Entscheidung über die Friedensstärke in die Hand geben, dann muß man darnach streben, das Parlament überhaupt abzuschaffen. Glaubt man, daß die Volksvertretung thöricht und unpatriotisch ist, dann darf man ihr keines der wichtigen Rechte belassen, welche sie jetzt hat, dann ist die Frage nicht ob

„kaiserliches oder Parlamentsheer"

sondern ob

„eine deutsche Volksvertretung überhaupt."

Wir verlangen, daß man einem mündigen Volk auch diejenigen Rechte nicht verschränke, welche jedes konstitutionell regierte Volk hat.

Es wäre ein verhängnißvoller Irrthum, wenn die deutschen Wähler nicht daran denken wollten, daß bei der bevorstehenden Reichstagswahl ganz andere Dinge auf dem Spiel stehen, als die Frage, ob die Friedensstärke des Heeres alle drei oder sieben Jahre festgestellt werden soll.

Der Herr Reichskanzler hat offen seinem Unmuth Ausdruck gegeben darüber, daß der bisherige Reichstag in den Steuerfragen der Regierung nicht zu Willen gewesen, obwohl seit 1879 gerade dieser Reichstag 175 Millionen neuer indirekter Steuern gegen unseren Willen bewilligt hat.

Die Thronrede, mit welcher der Reichstag am 25. November eröffnet wurde, hat die deutschen Wähler ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die Regierungen, nach Ablehnung des Branntweinmonopols, vorläufig darauf verzichten würden, eine neue Steuervorlage zu machen, bis die Wähler ihre Willensmeinung zum Ausdruck gebracht haben. Auch die Eröffnungsrede des preußischen Landtages will das preußische Defizit von beinahe 30 Millionen Mark durch neue indirekte Reichs-Steuern decken, und sie verlangt von den deutschen Wählern, daß sie bei den Wahlen darauf hinwirken sollen, daß diese bewilligt werden.

Ob Branntweinmonopol, ob Tabakmonopol, ob ähnliche Steuern, welche einzelnen bevorzugten Klassen auf Kosten der großen Masse Vortheil zuwenden, das sind die Fragen, welche die Wähler am 21. Februar mit ihrer Stimme zu beantworten haben werden.

Unsere freisinnigen Abgeordneten haben im Reichstag unter Zustimmung weiter Kreise des deutschen Volkes das Verlangen gestellt, daß zur Deckung der höheren Militärlasten jetzt auch einmal die wohlhabenderen Klassen herangezogen werden möchten, da die seit 1879 eingeführten 175 Millionen Mark indirekter Steuern vorzugsweise die ärmeren Klassen treffen. Sie haben daher verlangt:

die **Einführung einer allgemeinen deutschen Reichseinkommensteuer** und zwar von den Einkommen von über 6000 Mark ab nach einem steigenden Prozentsatze von ½ pCt. an. Gegen diesen Vorschlag haben die Gegner, wie das natürlich war, großen Lärm geschlagen. Ein konservatives schlesisches Blatt, das der preußische Finanzminister ausdrücklich gelobt hat, meint sogar, daß 500 bis 600 Millionen neuer Steuern aus dem Branntwein, aus dem Tabak und aus dem Bier auf der Straße liegen, man brauchte sich nur zu bücken, um sie aufzuheben.

Mit solchen ungeheuerlichen Plänen tragen sich unsere Gegner. Wir aber halten es für die Pflicht aller aufrichtig liberalen Männer, daß sie dafür sorgen, nur Abgeordnete zu wählen, welche im Interesse der Gerechtigkeit dafür eintreten, daß der Vorschlag der Reichseinkommensteuer nicht von der Tagesordnung verschwindet, bis er endlich in einem Gesetz verwirklicht ist.

Die Gegner verlangen, daß der Wille der Regierung in allen Punkten maaßgebend sein soll, im Interesse des inneren und äußeren Friedens.

Der äußere Frieden

ist nicht gefährdet, darüber sind wir vollständig beruhigt. Wäre die europäische Lage eine gefährdete, so würde die Regierung wahrlich nicht zu einer Auflösung des Reichstages geschritten sein. So schwarz man auch in konservativen Blättern die äußere Lage schilderte — schon während der Berathung der Militärvorlage ist es von Tag zu Tag friedlicher geworden und der Reichskanzler hat im Reichstag vollends alle Besorgnisse zerstreut. Bei einer Kriegsgefahr, die bevorsteht, wäre es auch erst recht gleichgiltig, ob die Friedensstärke auf 3 oder auf 7 Jahre festgestellt wird.

Diejenigen aber, die einen inneren Konflikt an die Wand malen, wenn nicht ein Reichstag nach den Wünschen des Reichskanzlers gewählt wird, übersehen, daß ein Konflikt ganz unmöglich ist, wenn der Reichstag, wie bisher, die ganze Forderung der Regierung auf drei Jahre bewilligt. Wie soll denn ein solcher Konflikt ins Werk gesetzt werden? Der Reichstag kann noch einmal aufgelöst werden — aber schon das wird die Regierung zu thun sicherlich Bedenken tragen, wenn sie inne wird, daß sie einem festen Willen des Volkes sich gegenübersieht. Was das Volk verlangt, ist wahrlich nichts Unbilliges. Was dem preußischen Landtag seit der Verfassung ohne Weiteres zustand, wird man doch dem deutschen Reichstag, auf den die Mitwirkung in Militärfragen übergegangen ist, nicht vorenthalten können.

Deutsche Wähler! Wir wenden uns an euch in einem für die Freiheit des Vaterlandes entscheidenden Augenblicke. Schon seit Monaten ist in der gegnerischen Presse auf eine Auflösung des Reichstages wegen der Militärvorlage hingearbeitet. Es wurde offen ausgesprochen, daß dies vielleicht die einzige Möglichkeit wäre, einen Reichstag nach dem Herzen der Konservativen zu schaffen. Dulden es die deutschen Wähler, daß unseren Gegnern der Wille geschehe, dann mögen sie sich nicht wundern, wenn auch alle die Pläne in dem Reichstage auftauchen, welche die wichtigsten Bestimmungen unserer Verfassung betreffen. Auch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, welches den Konservativen, darüber haben ihre Redner kein Hehl gemacht, ein Dorn im Auge ist.

„Die Nationalliberalen"

haben mit den Konservativen ein vollständiges Wahlbündniß geschlossen. Von Bennigsen bis Stöcker ist jetzt alles gegen die Vertreter der Mehrheit des Reichstages einig. Der Mahnruf einzelner nationalliberaler Blätter, man möge sich hüten, daß die Freiheiten des Volkes durch diesen erbitterten Wahlkampf gefährdet würden, ist vergeblich gewesen. Namentlich gegen die freisinnige Partei wird sich die ganze Macht der vereinigten Gegner wenden. In diesem schweren Kampfe treten die treuen Freunde der freisinnigen Sache — davon legen zahlreiche Kundgebungen aus den verschiedensten Theilen Deutschlands Zeugniß ab — muthig und unentwegt ein. Je größer die Zahl der Gegner, desto mehr werden sich die Reihen der bewährten Kämpfer schließen, desto enger werden sie an einander halten und in dem unverwüstlichen Glauben an die Zukunft der Sache der Freiheit in den Wahlkampf gehen für die Vertheidigung von Freiheit und Recht durch selbstständige **unabhängige Volksvertreter, in Treue zu Kaiser und Reich.**

Das „Deutsche Reichs-Blatt" ist in der Postzeitungs-Preisliste pro 1887 unter Nr. 1601 eingetragen und kann bei jedem Postamt oder dem Postboten zum Preise von 50 Pf. und 15 Pf. für freie Zustellung in's Haus für das Vierteljahr abonnirt werden. — Bei Bestellung von mindestens 12 Exemplaren ab, unter einer Adresse, liefert die Expedition des „Deutschen Reichs-Blatt", Berlin SW., Jerusalemerstrasse 48/49, **zum Preise von 2 Pf. pro Nummer excl. Porto. Es kosten somit 12 Expl. 4 Mark 42 Pf., 25 Expl. 9 Mark 10 Pf. pro Quartal incl. Porto. Diese direkten Abonnements können jederzeit begonnen werden.**

Verantwortlicher Redakteu.: Dr. H. Zornow in Berlin. — Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.